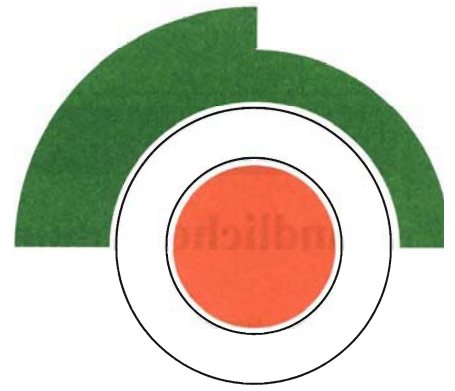


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 15.12.1999

WORT UND WIDERWORT

Welche Auswirkung hat die EU-Agrarpolitik auf die Landwirte in Nordrhein-Westfalen?

*Die Vielgestaltigkeit der ländlichen Räume müsse weiterhin erfolgreich genutzt werden, ihre wichtigen Funktionen im Flächenland NRW müssten erhalten bleiben. Das verlange, die einzelnen Bereiche Landwirtschaft, Tourismus, Dorfgestaltung, Erholung und Naturschutz miteinander zu vernetzen. Dieses müsse in einer vom Welthandel und der EU-Agrarpolitik abhängigen deutschen und nordrhein-westfälischen Agrarpolitik gestaltet werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Horst Steinkühler**. Der CDU-Abgeordnete **Eckhard Uhlenberg** betont, der Agrarteil der Agenda 2000 bedeute eine schwere Belastung für die landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Die europäische Agrarpolitik werde teurer und bürokratischer. Die Einkommen der Landwirte gingen weiter zurück, und für die Verbraucher gebe es keine Verbesserungen. Das sei das ernüchternde Ergebnis rot-grüner Verhandlungsführung in Brüssel. Der GRÜNE-Abgeordnete **Siegfried Martsch** bekräftigt, die EU-Agrarpolitik mit der Agenda 2000 und der künftigen EU-Strukturförderung hätten enorme Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Nordrhein-Westfalen habe bereits die Weichen in Richtung Zukunft gestellt: Ein Bündnis von Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz stärke nachhaltig den ländlichen Raum. Ziel sei es, international leistungsfähige Betriebsstrukturen zu entwickeln.* (Seite 2)

Staatsvertrag über Vergabe von Studienplätzen

Hochschulen wirken künftig stärker mit

In erster Lesung hat der Landtag den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen beraten und ihn federführend an den Hauptausschuss überwiesen.

Bei der Einbringung teilte Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) mit, künftig könnten in den Studiengängen mit bundesweiter Zulassungsbeschränkung (NC) die Hochschulen einen Teil der Studienplätze selbst vergeben. Wie schon bei den medizinischen Studiengängen seit Jahren üblich, können die Hochschulen künftig Auswahlgespräche führen.

Außerdem soll die Ortsverteilung in Zukunft noch stärker als bisher (das gelingt schon jetzt in 80 Prozent der Fälle) nach den Wünschen der Bewerberinnen und Bewerber erfolgen. Wer älter als 55 Jahre ist, erhält in Fächern mit hartem NC künftig in der Regel keinen Studienplatz mehr, weil in NRW das Studium für den späteren Beruf Vorrang vor dem Seniorenstudium erhält.

Angesichts der wachsenden Bedeutung von Globalhaushalten für die Hochschulen erfolgt die Berechnung der Anzahl der Studienplätze nicht mehr vor allem nach dem Stellenplan; der Staatsvertrag ermöglicht als neuen Maßstab die Zugrundelegung von Kosten-Norm-Werten.

Bei allem habe man nicht vor, die Hochschulen durch viele Vorschriften zu reglementieren. Wenn aber Grundrechte wie beim NC tangiert würden, müsse der Gesetzgeber seine Verantwortung wahrnehmen, betonte die Ministerin.

Die Woche im Landtag

Kopfnoten

Über andere Formen der Bewertung von Sozialverhalten in der Schule als „Kopfnoten“ wollen die Schulpolitiker im Ausschuss beraten. (Seite 3)

Pilotprojekt

In einem Pilotprojekt wird im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg das Schülerticket getestet. (Seite 6)

Fragestunde

Der Ministerpräsident hat in einer Fragestunde alle Vorwürfe zurückgewiesen, die Landesregierung habe die WestLB als Flugbereitschaft missbraucht. (Seite 7)

Staatsbad

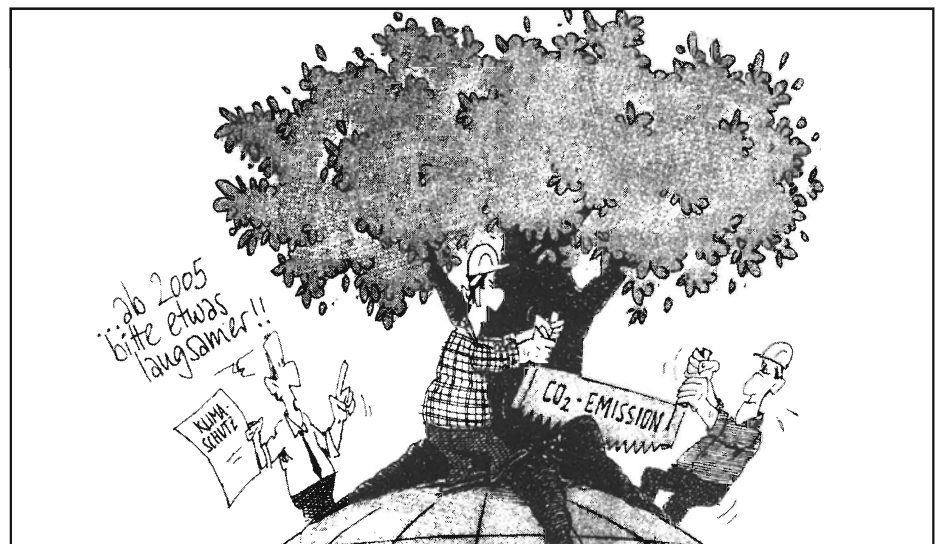
Die Landesregierung hat noch keine Entscheidung über die künftige Rechtsform des Staatsbades Oeynhausen getroffen. (Seite 8)

Jubiläum

Die Spitzen des Petitionsausschusses NRW haben an der 50-Jahrfeier des Bundespetitionsausschusses in Berlin teilgenommen. (Seite 11)

Bürgerparlament

Im Berliner Reichstag erinnerten sich Bürgerrechtler der früheren DDR an den runden Tisch vor zehn Jahren. (Seite 13)



Zeichnung: Gerhard Mester (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Ländlicher Raum in NRW muss Wettbewerbschancen behalten

Von
Horst Steinkühler

Die Vielgestaltigkeit der ländlichen Räume muss weiterhin erfolgreich genutzt werden, ihre wichtigen Funktionen im Flächenland NRW müssen erhalten bleiben. Das verlangt, die einzelnen Bereiche Landwirtschaft, Tourismus, Dorfgestaltung, Erholung und Naturschutz miteinander zu vernetzen. Dieses müssen wir in einer vom Welthandel und der EU-Agrarpolitik abhängigen deutschen und nordrhein-westfälischen Agrarpolitik gestalten.

Mit der unter Bundeskanzler Schröder verabschiedeten AGENDA 2000 konnte im Interesse der Landwirtschaft und der Steuerzahler Folgendes erreicht werden:

1. Die Nettozahlerposition der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 2000 bis 2006 wurde um insgesamt fast 12 Milliarden Mark entlastet.
2. Es wurden die Voraussetzungen für die Osterweiterung der europäischen Gemeinschaft geschaffen.
3. Für die nächste Welthandelsrunde wurde eine Verhandlungsposition geschaffen, die eine Sicherung der europäischen Landwirtschaft ermöglicht. Ein „weiter so“ mit der bisherigen Struktur der europäischen Agrarförderung wäre ohnehin in den kommenden Welthandelsrunden nicht durchsetzbar.

SPD: Nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume

Für die Wettbewerbschancen der heimischen Landwirtschaft ist es wichtig, dass künftig sozialen und umweltbezogenen Standards auch international eine größere Bedeutung beigemessen wird. Dies gilt es, bei den WTO-Verhandlungen zu erreichen.

In den 16 Jahren hat die Kohl-Regierung in der Agrarpolitik versagt. Obwohl 1998 von Bund, Ländern und Europäischer Gemeinschaft öffentliche Hilfen im Sektor Landwirtschaft in einer Höhe von insgesamt ca. 30 Milliarden Mark geleistet wurden, ging die Zahl der in Deutschland beschäftigten Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1998 um über 4 Prozent zurück. Die öffentlichen Hilfen im Sektor Landwirtschaft betrugen im Jahre 1998 ca. 50 000 Mark pro Arbeitskraft. Dennoch haben diese Mittel das Höfesterben nicht verhindert. Eine unveränderte Fortsetzung dieser erfolglosen Agrarpolitik auf Bundesebene ist im Interesse der leistungsfähigen Landwirte und der Steuerzahler nicht zu verantworten.

Auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wir umsteuern. Sie haben einen Anspruch auf eine Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Wegen des engeren Bezuges zwischen Ernährung und Gesundheit müssen sie selbst entscheiden können, welche Lebensmittel sie verwenden wollen. Die steigende Nachfrage nach Fleisch mit bekannter Herkunft und aus artgerechter Tierhaltung und Lebensmitteln, bei deren Herstellung auf Gentechnik verzichtet wurde, zeigt, dass hier zukunftsfähige Märkte entstehen. Eine umfassende Kennzeichnungspflicht stärkt dabei auch die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten, die aufgrund ihrer umweltschonenden Produktionsweise oder ihrer Herkunft in der Herstellung teurer sind als andere. Deshalb sind vorhandene Kennzeichnungspflichten weiterzuentwickeln und europaweit durchzusetzen.

Von
Eckhard Uhlenberg

Die EU-Agrarpolitik hat gravierende Auswirkungen auf die Landwirte in Nordrhein-Westfalen. Der Agrarteil der Agenda 2000 bedeutet eine schwere Belastung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Die europäische Agrarpolitik wird teurer und bürokratischer. Die Einkommen der Landwirte gehen weiter zurück und für die Verbraucher gibt es keine Verbesserungen. Das ist das ernüchternde Ergebnis rot-grüner Verhandlungsführung in Brüssel.

Durch den unvollständigen Ausgleich der Preissenkungen erleidet die Landwirtschaft in NRW im Durchschnitt deutliche Einkommenseinbußen. Die komplizierte Ausgestaltung des Prämiensystems belastet die landwirtschaftlichen Betriebe mit zusätzlicher Bürokratie. Die Aufgabe eines eigenständigen Förderziels für den ländlichen Raum im Rahmen der europäischen Strukturpolitik erschwert die Si-

CDU: Situation der Landwirte durch Rot-GRÜN weiter belastet

tuation der nordrhein-westfälischen Landwirte zusätzlich.

Insgesamt belastet Agenda 2000 die deutsche Landwirtschaft mit jährlich rund 1,5 Milliarden Mark bis zum Jahr 2006. Doch schon heute kündigt die rot-grüne Bundesregierung neue Einschnitte an.

Die CDU-Landtagsfraktion NRW hat auf die Gefahren von Agenda 2000 hingewiesen. Die rot-grüne Mehrheit sah sich noch im September 1998 im Fachausschuss nicht in der Lage, eine eigene Position zu Agenda 2000 zu formulieren.

Erschwerend hinzu kommt, dass die rot-grüne Bundesregierung durch nationale Alleingänge weitere Belastungen in Milliardenhöhe zumutet.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird nach dem 14. Mai 2000 die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Landwirte und ihre Familien in NRW Mut fassen, statt zu resignieren. Wir brauchen eine leistungsfähige und flächendeckende Landwirtschaft in NRW als Rückgrat unserer ländlichen Räume, die sich erfolgreich dem nationalen und internationalen Wettbewerb stellt.

Von
Siegfried Martsch

Die EU-Agrarpolitik mit der Agenda 2000 und der künftigen EU-Strukturförderung haben enorme Auswirkungen auf die Landwirtschaft in NRW. Obwohl Entscheidungen getroffen sind, bleibt unsere Kritik an der Überbetonung der Weltmarktorientierung. Die Landwirtschaft steht weiterhin vor deutlichen Anpassungsschwierigkeiten. Der Strukturwandel wird weiter anhalten, wobei vor allem kleinere Betriebe Probleme haben werden, Schritt zu halten. Hier setzt Grüne Landwirtschaftspolitik in NRW an. Aktuell kommt hinzu, dass die Aufhebung des Embargos gegen britisches Rindfleisch durch die EU zur Verunsicherung an der Ladentheke führt. Die Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft sind kaum absehbar. Konsequenter Verbraucherschutz ist hier aktive Landwirtschaftspolitik: Die Kennzeichnung von britischem Fleisch und Fleischprodukten muss auch in anderen europäischen Mitgliedstaaten gewährleistet werden. Das Embargo ist so lange aufrechtzuerhalten, bis eine EU-weite Kennzeichnung durchgesetzt ist. Darüber hinaus unterstützen wir die Regional-Initiative für Nordrhein-Westfalen von Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn, bei der Fleisch und Fleischprodukte aus Nordrhein-Westfalen als solche gekennzeichnet werden sollen und in ihren

GRÜNE: Bündnis für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Natur

Vermarktungsstrukturen gestützt werden. Nordrhein-Westfalen hat bereits die Weichen in Richtung Zukunft gestellt: Ein Bündnis von Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz stärkt nachhaltig den ländlichen Raum. Ziel ist, internationale leistungsfähige Betriebsstrukturen zu entwickeln und dem wachsenden Bedürfnis der Verbraucher nach ökologisch, tierschutzgerecht und gesunden und regional erzeugten Lebensmitteln nachzukommen.

Die Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn hat dazu einen neuen Entwicklungsplan NRW für den ländlichen Raum erstellt, der auf der neuen EU-Verordnung „Ländlicher Raum“ beruht. Damit hat Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen.

Dieser NRW-Entwicklungsplan ländlicher Raum bündelt, vereinfacht und erweitert die bisherigen Einzelmaßnahmen in einem einzigen Förderprogramm. Er soll am 1. Januar 2000 in Kraft treten und hat eine Laufzeit von sieben Jahren. Ziel ist es, die bestehenden Fördermaßnahmen miteinander zu verzahnen, die Umweltorientierung zu verstärken und im Rahmen eines integrierten Ansatzes nicht nur die Agrar- und Forstwirtschaft zu stärken, sondern den ländlichen Raum insgesamt zu unterstützen.

Für das Programm sieht die Landesregierung in den nächsten sieben Jahren insgesamt 2,1 Milliarden Mark an EU-, Bundes- und Landesmitteln vor. Für das Jahr 2000 stehen knapp 260 Millionen Mark im NRW-Haushalt. Im Einzelnen werden die bestehenden Fördermöglichkeiten aktualisiert, ergänzt und besser aufeinander abgestimmt.

Mit diesem Maßnahmenbündel hat die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunftsperspektive.



Im Schulausschuss über neue Formen für eine angemessene Bewertung des Sozialverhaltens diskutieren; v.l. Bernhard Recker (CDU), Jarka Pazdziora-Merk (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE), Ministerin Gabriele Behler (SPD).
Fotos: Schälte

CDU: Zeitgemäße „Kopfnoten“ – Koalition: Soziales Lernen bewerten

Bernhard Recker (CDU) begründete das Antragsanliegen mit Umfragen, die ein überwältigendes Votum für die Wiedereinführung der Kopfnoten ergeben hätten, auch in anderen Bundesländern. Sogar die SPD-Bundesbildungsministerin habe sich dafür ausgesprochen, Teamfähigkeit, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft im Zeugnis extra zu würdigen. Genau das wolle die CDU in NRW. Traurig sei die Reaktion von Ministerin Behler. Ihre Presseerklärung, die Beurteilung von Schlüsselqualifikationen sei in NRW bereits gängige Praxis, tiefe von Unrichtigkeit. Fleiß und Mitarbeit lasse die Ministerin in Fachnoten einfließen. Genau das wolle die CDU nicht, wollten auch die Schüler nicht, denn zurückhaltende Schüler würden dadurch bestraft. Eine Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens sei überall in der Diskussion. Ein Meinungsforschungsinstitut habe 62 Prozent Zustimmung ermittelt, der Verband Bildung und Erziehung, 90 Prozent. In der Phase der antiautoritären Erziehung hätten sich die 68-er nicht mehr getraut, gutes oder schlechtes Verhalten zu bescheinigen. Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Fleiß und Ordnung hätten als drangsaliierend gegolten. Die Folge seien Rücksichtslosigkeit, Unpünktlichkeit und Unhöflichkeit in der Schule. Kopfnoten allein würden keine Umkehr bewirken. Es gehe um das Ende der Beliebigkeit. Es müssten Zeichen gesetzt werden. Ein Auszubildender, für den Ordnung ein Fremdwort sei, habe heute keine Chance. Wenn Schulen im Rahmen der Qualitätssicherung besonderen Wert auf Schlüsselqualifikationen legen sollten, dann müsse das auch dokumentiert werden können. Wenn böses Verhalten und Respektlosigkeit keine Folgen hätten, fordere man dazu geradezu auf. Hier müssten Grenzen gesetzt werden. Schule bemühe sich nicht nur um fundierte Wissensvermittlung, sondern auch um die Persönlichkeitsentwicklung, wenn der Erziehungsauftrag ernst gemeint sei. Hier biete sich die Chance, positive Eigenschaften im Interesse der jungen Menschen darzustellen. Die alten Kopfnoten seien nicht geeignet. Beim Arbeitsverhalten sollten Mitarbeit, Eigenständigkeit und Leistungsbereitschaft bewertet werden, beim Sozialverhalten Teamfähigkeit, Hilfsbereitschaft und die Einhaltung von Regeln. Es gehe auch um Unterstützung der Elternhäuser.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD) sagte, die Befürworter von Kopfnoten hofften auf ein Disziplinierungsinstrument oder auch auf Abhilfe bei schwierigen Jugendlichen. Das sei eine Illusion. Bei den Jugendlichen, die Pro-

Den CDU-Antrag „Kopfnoten in zeitgemäßer Form verbessern die Chancen junger Menschen“ (Drs. 12/4455) und die Entschließung von SPD und GRÜNEN „Personales, soziales und fachliches Lernen als aufeinander bezogene Aufgaben fördern und bewerten“ (Drs. 12/4554) überwies der Landtag nach der Aussprache am 10. Dezember an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung in diesem Ausschuss soll in öffentlicher Sitzung stattfinden.

bleme bereiteten und auch auf Gespräche oder Ordnungsstrafen nicht reagierten, lasse sich auch durch Kopfnoten keine Verhaltensänderung erreichen. Wirksamer und angemessener ließen sich Jugendliche und Elternhäuser mit den vorhandenen Instrumenten erreichen. Kopfnoten wären eine Scheinlösung und schädlich, weil sie von angemessener Wahrnehmung ablenkten und eher zu Resignation führen könnten. Ganz anders sei der Zusammenhang für die Frage, ob Fachnoten durch andere Beurteilungen sinnvoll ergänzt und damit soziale Kompetenzen bewertet werden sollten. Laut CDU-Antrag werde die Vermittlung sozialer Kompetenzen an unseren Schulen noch immer diffamiert, das sei bemerkenswert scharf und eine anerkennenswerte Selbstkritik an die Adresse der Opposition, denn die CDU habe bis vor kurzem die Betonung sozialen Lernens mit Polemik überzogen. Der heutige CDU-Antrag lasse eine vorsichtige Kurskorrektur und Annäherung an Positionen erkennen, die von der CDU bisher als Schule der Beliebigkeit diffamiert worden seien. Alle wüssten, dass nicht nur Fachnoten eine wesentliche Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf spielten. Eigeninitiative, Teamfähigkeit, Sozialkompetenz und Verantwortungsbereitschaft würden von jungen Menschen erwartet. Es stelle sich die Frage, wie dies seriös ermittelt und bestätigt werden könne. Das Ziffernotensystem versage dabei. Selbst bei objektivierbaren Leistungen gebe es häufig Probleme. Die Diskussion müsse sachgerecht geführt werden. Eine angemessene Form müsse gefunden werden, Defizite zu erläutern und Wege zur Verhaltensänderung aufzuzeigen. In NRW gebe es in Zeugnissen Raum für Bemerkungen, also Möglichkeiten, auf Arbeits- und Sozialverhalten hinzuweisen. Die Rednerin zeigte zwei Lernentwicklungsberichte für Jahrgangsstufen 6 und 8 einer Gesamtschule und fuhr fort, das sei eine sehr angemessene Form. Nicht per Erlass, schon gar nicht im Detail, sondern unter Beteiligung der Schulen sei diese Aufgabe zu regeln und ihre vielfältigen Erfahrungen einzubeziehen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) fragte, wem Kopfnoten wie Ordnung, Betragen, Fleiß und Beteiligung nützen, was sie bringen sollten. Soziale und personale Kompetenzen seien

die Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung, für Team- und Kommunikationsfähigkeit, insofern unverzichtbar. Sie zitierte einen Ausbilder, Schüler bei dem Motorradwerk hätten ein Suchtverhalten, wollten ganz genaue Vorgaben, seien süchtig nach Noten, nicht nach Lob, Anerkennung, Rückmeldung, sie wollten Noten und könnten keine Entscheidung treffen. Die Furcht vor amerikanischen Verhältnissen und Gewalt im Schulalltag könne nicht mit modernisierten Kopfnoten gebannt werden. Aus der Notenresistenz bestimmter Gruppen wie der Schulverweigerer solle die CDU lernen, dass sich benachteiligende Lebenslagen von Schülerinnen als Ursachen für Gewalt nicht durch Kopfnoten lösen ließen. Die CDU führe die Gesellschaft auf einen Holzweg mit dem populistischen Ruf nach Kopfnoten. Wenn Kinder sehr häufig Ellbogenmentalität und Recht des Stärkeren erführen, nicht nur tatsächlich, sondern auch in der virtuellen Welt, fehlten Vorbilder als Bedingungen für das Erlernen sozialen Verhaltens. Die Schule als Ort des Lernens und Lebens, an dem soziale Spielregeln miteinander verabredet und ausgehandelt würden, sei das Leitbild der GRÜNEN. Dazu passten kein Notenschema oder standardisierte Phrasen. Die CDU wolle weiterhin die Schule, die aus- und vorsortiere, denn Arbeitgebern werde durch Bescheinigungen die Auswahl erleichtert. Über Ursachen und Anlässe sage das aber nichts aus. Kopfnoten seien in Wahrheit Kopfnüsse. Die CDU setze sich über vorhandene Rückmeldungen in Form von Lernberichten hinweg. Schule ohne Noten sei wie Coca ohne Cola, zitiert sie den CDU-Kollegen Reul und widersprach mit der Feststellung, Kinder brauchten Ermutigung und eine Schule, die nicht nur zeige, was sie falsch machten und nicht könnten. Wir hätten schon Schulen, die den Schülern viel Eigenverantwortung, Streitschlichtung, Patenschaften und soziale Projekte zutrauten. Neue Formen einer pädagogischen Rückmeldekultur würden unterstützt.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) stellte überall offene und latente Unsicherheiten und sehr unterschiedliche Auffassungen fest, was den erzieherischen Auftrag von Schule ausmache, sogar innerhalb
(Fortsetzung auf Seite 4)

Neuordnung der Hochschulmedizin verabschiedet

Die sechs Universitätskliniken in NRW werden Anstalten öffentlichen Rechts

Der Landtag verabschiedete nach der 2. Lesung am 10. Dezember das Gesetz zur Neuordnung der Hochschulmedizin mit den vom Wissenschaftsausschuss empfohlenen Änderungen (Drs. 12/3787 und /4443). Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Ausschuss durch Regelungen für mehr Mitbestimmung und zur Arbeitsplatzsicherung ergänzt. Eine Entschließung von SPD und GRÜNEN (12/4491) dazu wurde angenommen, eine CDU-Entschließung (12/4499) abgelehnt, in der erneut ein Gesetz anstelle einer Rechtsverordnung sowie unter anderem eine Trennung von Krankenversorgungs- und Forschungsbudget gefordert wird.

Dietrich Kessel (SPD) erläuterte, die Ziele des Gesetzes seien weit gesteckt, nämlich hohe Leistung in Lehre und Forschung sowie in der Krankenversorgung zu sichern. Alle Überlegungen mündeten in mehr Eigenverantwortung für die Universitätskliniken. Dazu müsse ihre Rechtsform geändert und die Anstalt öffentlichen Rechts vorgesehen werden. Die Landesregierung habe die Überleitung per Rechtsverordnung vorgeschlagen. Die Vorteile des Verfahrens lägen auf der Hand: Rücksicht auf Standorte und Unterschiede. Die geplante Neuordnung betreffe im Wesentlichen die Verselbständigung der Krankenversorgung und tangiere nicht grundsätzlich verbriefte Rechte von Hochschullehrern. Die Koalitionsfraktionen schlugen zusätzlich als Vorgaben vor, Kliniken Spielräume für unternehmerisches Handeln zu geben, dem Aufsichtsrat auch zwei Vertreter des Personals neben Staat, Hochschulleitung und Forschung zuzugestehen, ferner eine Klinikumskonferenz einzurichten, damit auch Ärzte ohne Abteilungsleiterstatus an wichtigen Fragen zu beteiligen.

Rudolf Henke (CDU) leitete seinen Beitrag mit einem Rückblick auf die Entstehung Medizinischer Fakultäten ein und sah in den Berliner Reformvorhaben einen weiteren Schritt zur Verengung auf Kostengesichtspunkte. Das (gescheiterte) Globalbudget habe böse Auswirkungen auf die Versorgung und auch auf Investitionen und Personalbestand der Häuser. Diese Gesundheitspolitik sei unsozial, was besonders für Universitätskliniken gelte, da sich hier 50 Prozent abspiele und sie die letzte Instanz seien, zu der Patienten geschickt werden könnten. Bei der jetzt gewählten Form der Anstalt öffentlichen Rechts gebe es weniger Öffentlichkeit und weniger Einfluss des Parlaments. Bei der CDU sei das Vertrauen in die Landesregierung zur Zeit nicht vorhanden, auch bei Hochschulen und Personalräten nicht. Weder evaluationsgestützte Kriterien für die Forschungsmittelvergabe noch einen Forscher im klinischen Vorstand werde es geben. In der von SPD und GRÜNEN geforderten Klinikkonferenz fehlten die wissenschaftlichen, die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und der Pflegedienst. Die CDU wolle Drittelparität im Aufsichtsrat wie bei kommunalen Unternehmen, ferner einen nicht liquidationsberechtigten Professor im Klinikvorstand. Es gebe nach wie vor hohen Sanierungs- und Neubaubedarf in NRW, die Größenordnung von zwei Milliarden Mark sei unstrittig. In den internen Strukturen hätten Oberärzte zu wenig Einfluss. Schließlich dürfe der Primat der Wirtschaftlichkeit die Forschung nicht zu stark einschränken. Da die Privatpraxis Energien beanspruche, die der wissenschaftlichen Arbeit verloren gingen, müsse das Recht dazu stärker geregelt werden. Das Vertrauen der CDU in die Ministerin

reiche für die Gestaltung dieser Punkte nicht aus.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) sah die Verselbständigung der medizinischen Einrichtungen in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster auf den Weg gebracht, die in zwei Jahren abgeschlossen sein solle. Während der Beratungen hätten Personalvertretungen und Gewerkschaften das versuchte Aufschieben einiger Hochschulleitungen erkannt und weitere Veränderungen verlangt. Universitätskliniken leisteten außer Krankenversorgung auch Forschung und Lehre. Ausgliederung wäre nicht sinnvoll, auch deshalb sei Privatisierung abzulehnen. Die Verordnung, die jetzt anstelle eines Gesetzes regeln werde, bedürfe der Zustimmung des Wissenschaftsausschusses. Auch Hochschulkliniken müssten im Wettbewerb stehen. Darüber hinaus müssten der Globalhaushalt eingeführt und das Jährlichkeitsprinzip abgeschafft werden. Bei Investitionsvorhaben müsse es mehr Freiheit geben. Die Rednerin schlug einen Arbeitskreis des Wissenschafts- und des Gesundheitsministeriums und der Kliniken vor, der über einzelne Profile beraten solle. Zu berechtigten Sorgen der Beschäftigten mache der Landtag konkrete Vorgaben und sichere ihre Tarifvertragsrechte. Ferner setzten die Koalitionsfraktionen das Landesgleichstellungsgesetz in den Medizinischen Einrichtungen um, da Medizin nach wie vor eine Männerdomäne sei. Regelungsbedarf gebe es noch beim Liquidationsrecht und bei der Approbationsordnung. Insgesamt sei die Flexibilität der Verordnung geeignet, verschiedene Entscheidungswege zuzulassen.

Hochschulministerin Gabriele Behler (SPD) sah in dem Gesetz den Weg frei für dringend notwendige Strukturreformen und als Kern des Vorhabens, dass bei wachsendem Kostendruck die Leistungsfähigkeit von Krankenversorgung, Forschung und Lehre mit den Einnahmen und den Investitionsmitteln gesichert werde. Unternehmenähnliche Strukturen, bessere Steuerungsfähigkeit und Flexibilität gegenüber Mitkonkurrenten seien dazu nötig. Mit der Weiterentwicklung im Landtag sei sie sehr einverstanden und halte die Einarbeitung auch im Hochschulgesetz für notwendig. Schrittweises Vorgehen bei der Umwandlung der Universitätskliniken, wie in der Verordnung vorgesehen, sei gut und sinnvoll. Leider lege die CDU keine verbindlichen Vorschläge für von ihr bevorzugte Regelungen vor. Mit dem Mehr an Wirtschaftlichkeit durch die neuen Strukturen würden auch die Arbeitsplätze zukunftssicher. Zu Befürchtungen einer Herauslösung aus der Universität bestehe kein Anlass. Die Verteilung der Forschungsmittel und die Evaluation sei Sache der Fakultät. Die Gemeinsamkeiten im Landtag seien größer, als bei der Abstimmung erkennbar.

„Kopfnoten“ ...

(Fortsetzung von Seite 3)
von Lehrerkollegien, auch zwischen Elternhäusern und innerhalb von Klassen- und Schulpflegschaften. Es gebe aber auch einen breiten Konsens, dass Erziehung Auftrag von Schule sei. Niemand sei gegen Erziehung zu Mitmenschlichkeit und Toleranz. Der breite Konsens über Schlüsselqualifikationen sei ein erheblicher Fortschritt im Vergleich zur Diskussion der 70er- und 80er-Jahre. Kopfnoten hält sie für völlig unsinnig, gerade aus pädagogischen Überlegungen heraus, und freue sich, dass die CDU diese nicht diskutieren wolle. Nach dem ersten Erschrecken gebe es nun die Runde der absoluten Unklarheiten. Was die CDU wolle, sei nicht klar, Noten oder umfassende Bewertung, und wie Arbeitsverhalten oder Mitmenschlichkeit zeitgemäß bewertet werden sollten. Schule habe den Auftrag, die grundlegenden Kulturtechniken zu vermitteln. Das Lernen habe herausragenden Stellenwert. Soziale Kompetenzen gehörten dazu und seien Ziel aller Richtlinien und Lehrpläne. In Berichtszeugnissen seien Rückmeldungen vorgesehen und Aussagen zu Arbeits- und Sozialverhalten möglich. Man dürfe es sich aber nicht zu einfach machen. Rückmeldungen zu Haltungen und Verhaltensdispositionen sowie zu moralischen Urteilen könnten den Lebensweg junger Menschen nachteilig beeinflussen. Nur in ständigem Dialog innerhalb der Schulen, zwischen Lehren, Eltern und Kindern werde eine Kultur des Lernens entwickelt, die alle Aspekte umgreife. Die Erziehungsarbeit müsse in jeder Schule ansetzen und gehöre ganz zentral in die Diskussion um die Programmarbeit. Teil des Schulprogramms sei die Verabredung von Regeln und Reagieren auf Verletzung des Konsenses. Die Ministerin zitierte aus der Schulprogrammarbeit einer Düsseldorfer Schule, die mehrheitlich unterstützt und nur hinsichtlich Mehraufwand und Effektivität kritisiert werde. Jahrelang habe die CDU gefordert, Schule nicht zu überfrachten, deren Kernaufgabe das fachliche Lernen sei. Berichtszeugnisse hätten ihr als Instrument auf der sozialistischen Forderwerkstatt gegolten. Heute halte die CDU fachlichen Noten als ungerecht, das sei erstaunlich. Dass leistungsstarke Schüler auch Egipsten sein könnten, sage sie schon immer. Über Bescheinigungen für soziales Lernen wieder den Weg von oben nach unten zu gehen, könne sie nicht nachvollziehen. Im Ausschuss solle in aller Ruhe und mit gebotener pädagogischer Seriosität beraten werden. Wie sollten Schulen in ihrer Kompetenz gestärkt werden, wenn Kopfnoten und viele Widersprüchlichkeiten gefordert würden.

Bernhard Recker (CDU) wiederholte, Komponenten wie Fleiß, Betragen, Leistungsbereitschaft in Fachnoten einfließen zu lassen, halte die CDU für ungerecht. Im Zeugnis stünden ganze drei Zeilen für Aussagen über die sogenannten Sekundärtugenden zur Verfügung. In Oerlinghausen gebe es an der Hauptschule ein zweites Dokument mit einer Rasterskala zu häuslichem Fleiß, Pünktlichkeit, Sozialverhalten, Mitarbeit und demnächst auch Teamfähigkeit. Betriebe hätten immer wieder mehr Aussagen verlangt als Noten. Eltern und Lehrerverbände sähen dringenden Handlungsbedarf. „Kopfnoten“ sei nur der Arbeitstitel. Zeugnisse müssten den gesamten Auftrag von Schule widerspiegeln.

CDU: Durchschaubares und konsensuales Verfahren bei Gebietsnennungen

Koalition: Frühere Bundesregierung hat bei Umsetzung der EU-Richtlinien zu lange gezögert

Die Landesregierung solle sich gegen die Verknüpfung der Vergabe von Strukturfördermitteln und der Gebietbenennung nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie wenden und bei der Umsetzung beider Richtlinien auf Druck verzichten, und die betroffenen Interessen frühzeitig in die geplante Auswahl von Naturschutzgebieten einbeziehen. Sonst sei weiterhin ein „berechtigter und massiver Vertrauensverlust von Kommunen, Wirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft gegenüber der rot-grünen Landesregierung“ das Ergebnis. Diesen Tenor hat ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/4456), den der Landtag an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten- und Naturschutz – federführend – überwiesen hat.

Marie-Luise Fasse (CDU) zeigte sich überzeugt, dass es angesichts der Konfrontation im bisherigen Verfahren angezeigt wäre, durch „eine frühzeitige, auf Konsens ausgerichtete Beteiligung der Betroffenen und eine bessere fachliche Vorbereitung“ viel Ärger zu ersparen. Außerdem gebe es die Befürchtung, Brüssel könne die Vergabe von Strukturfördermitteln an die Benennung der Gebiete knüpfen; dem sei die Landesumweltministerin bisher nicht entgegen getreten, das zu tun, sei sie aber vor allem den Landwirten schuldig. Dieses Druckmittel der Verknüpfung Benennung/Förderung sei außerdem überflüssig, wenn aus dem bisherigen Verfahren Schlüsse gezogen und erkannt würde, dass „eine frühzeitige, auf Konsens ausgerichtete Beteiligung der Betroffenen sowie eine bessere fachliche Vorbereitung“ viel Ärger ersparten. Darum verlange ihre Fraktion, dass die Landesregierung die neuen Gebiete schnell bekannt gebe und den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme einräume: „Unsicherheit führt zu Verdruss und zu verhärteten Fronten.“ Es sei auch nicht einzusehen, dass neun Prozent der Landesfläche unter Naturschutz gestellt werden sollen; das Nachbarland Niederlande melde nur zwei Prozent. Fasse: „Müssen wir gegen den Willen der Betroffenen gleich vier Mal soviel Fläche ausweisen?“

Horst Steinkühler (SPD) hielt dem entgegen, die Zahl von neun Prozent habe kein Mensch genannt, sie sei auch nicht realistisch. Konsensbildung praktiziere die Landesregierung schon seit Jahren. Im Grunde wolle die CDU mit dem Antrag, der neben Polemik nur Selbstverständlichkeiten enthalte, von ihrem eigenen Verhalten ablenken: Die Regierung Kohl sei es nämlich gewesen, die die europäische FFH-Richtlinie vier Jahre zu spät umgesetzt habe, nachdem sie so getan habe, als gäbe es die Richtlinie überhaupt nicht. Wenn jetzt die EU-Kommission zu Recht darauf hinweise, dass die Gebietsmeldungen nicht fristge-



Dissens über Konsens bei der Erarbeitung der Gebietsnennungen für den Naturschutz nach EU-Richtlinien (v.l.): Marie-Luise Fasse (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Silke Mackenthun und Ministerin Bärbel Höhn (beide GRÜNE).
Fotos: Schälte

recht erfolgt seien, dann könne die CDU nicht auf die EU-Kommission schimpfen und so tun, als handele es sich hier um ein Problem der EU. Die Landesregierung werde am bewährten Verfahren festhalten; seit langem beschreite sie den tragfähigen Weg, die berechtigten Interessen der Betroffenen mit den Erfordernissen einer modernen Naturschutzpolitik zu verbinden.

Silke Mackenthun (GRÜNE) machte der CDU-Landtagsfraktion den Vorwurf, sie hätte zu gern die Konfrontationshaltung, die abzubauen der Landesregierung in vielen Gesprächen vor Ort gelungen sei, aufrecht erhalten. Wenn es Schwierigkeiten gegeben habe, dann sei das darum nicht verwunderlich, weil es sich um ein „Jahrhundertprojekt“ handele, das man nicht jeden Tag zu erledigen habe. Mackenthun mit Blick auf die Betroffenen und Beteiligten: „Deshalb: Hut ab vor der jetzt erbrachten Leistung!“ Die CDU dagegen habe sich bisher nur darin versucht, „das Klima zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, das traditionell nicht eben das fruchtbarste ist, zu vergiften“. Sie sollte sich entweder am Prozess beteiligen oder schweigen, riet die Sprecherin der CDU und sah sie zu einem wirklichen konsensualen Prozess nicht in der Lage.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie widerspreche sich im Antrag und konserviere eine Konfrontationshaltung, die es dank der Bemühungen der Landesregierung nicht mehr gebe. Außerdem sei nichts an dem Vorwurf, es gebe hierzulande kein nachvollziehbares Verfahren – im Gegenteil, die anderen Bundesländer hätten inzwischen die nordrhein-westfälischen Ausführungsbestimmungen kopiert. Die Verknüpfung mit der Vergabe von Strukturfördermitteln sei kein Vorwurf, der an NRW gehe, sondern an die EU, weil die damit die Bemühungen des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums konterkariere, „Gebietsmeldungen im Konsens mit den nachteilig Betroffenen vorzunehmen“. Die EU habe, wie inzwischen klar geworden sei, die Befürchtung, dass Mittel, die sie gewähren, eventuell FFH-Gebiete zerstörten. Diese Befürchtung habe sie, Höhn, zu zerstreuen versucht, denn im Lande werde so verfahren, dass Projekte in einem potentiell-

len FFH-Gebiet einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen würden. Diese NRW-Haltung werde hoffentlich von der EU akzeptiert.

Eckhard Uhlenberg (CDU) machte darauf aufmerksam, es habe deswegen vier Jahre mit der Umsetzung gedauert, weil die alte Bundesregierung eine klare Entschärfungsregelung für die Landwirtschaft haben wollte und in dieser Auseinandersetzung jahrelang mit SPD und GRÜNEN habe ringen müssen, um endlich eine entsprechende Formulierung ins Bundesnaturschutzgesetz aufnehmen zu können. Und die wolle jetzt Rot-Grün wieder aus dem Gesetz streichen.

Friedrich Schepsmeier (SPD) kritisierte die CDU mit ihrem Antrag: „Sie eröffnen mit zweijähriger Verspätung eine neue Schlacht zum Schaden des Naturschutzes, zum Schaden der Landwirtschaft und auch zum Schaden der politischen Kultur.“ Die Union lasse alles außer acht, was an Fortschritten erzielt worden sei; ihre Parolen kämen bei der Landwirtschaft nicht an.

Silke Mackenthun (GRÜNE) tadelte den Antrag der CDU: Er hätte so auch schon vor zwei Jahren gestellt werden können. Dass die CDU den Landtag monatlich oder vierteljährlich mit ewig gleichen Anträgen traktiere, das bringe sie „auf die Palme“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte heraus, NRW sei das einzige Land, das einen Ausgleich für FFH-Gebiete leiste – „alle Ihre CDU-Länder tun das nicht“, hielt sie der Opposition entgegen. Sie nehme durchaus zur Kenntnis, dass die CDU nichts dagegen habe, die Naturschutzverbände mit an den Tisch bei den Konsensverhandlungen zu nehmen. Wenn die CDU das nächste Mal diese Bereitschaft zusammen mit dem Umweltministerium gegenüber der Landwirtschaft erkläre, dann, so schloss sie, habe sich die Diskussion um diesen Antrag schon gelohnt.

Pilotprojekt mit Schülerticket im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Walter Bieber (SPD) erklärte, heute könne man ein wichtiges Signal setzen, ein Signal, das den Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen Gutes bringe, „und ich prophezeie Ihnen, sie werden sich freuen“. Kinder und Jugendliche seien auf ihren Wegen zur Schule und in der Freizeit meist auf Busse und Bahnen angewiesen. Sie seien aufgrund der großen Distanzen, die sie überwinden müssten oder wollen und auch aufgrund des gesteigerten Mobilitätsbedürfnisses sozusagen Zwangskunden des öffentlichen Personennahverkehrs. „Dies greifen wir auf, indem wir mit dem Schülerticket hohe Mobilität und größtmögliche Verkehrssicherheit zu einem günstigen Preis wollen.“ Hierdurch könne man Kinder und Jugendliche mit dem ÖPNV vertrauter machen und vielleicht auch zukünftige Kunden gewinnen. „Eines ist auch sicher: Wer das Schülerticket hat, fährt nicht mehr schwarz.“ Nach Biebers Ansicht könnten Busse und Bahnen in den Augen der Jugendlichen eine

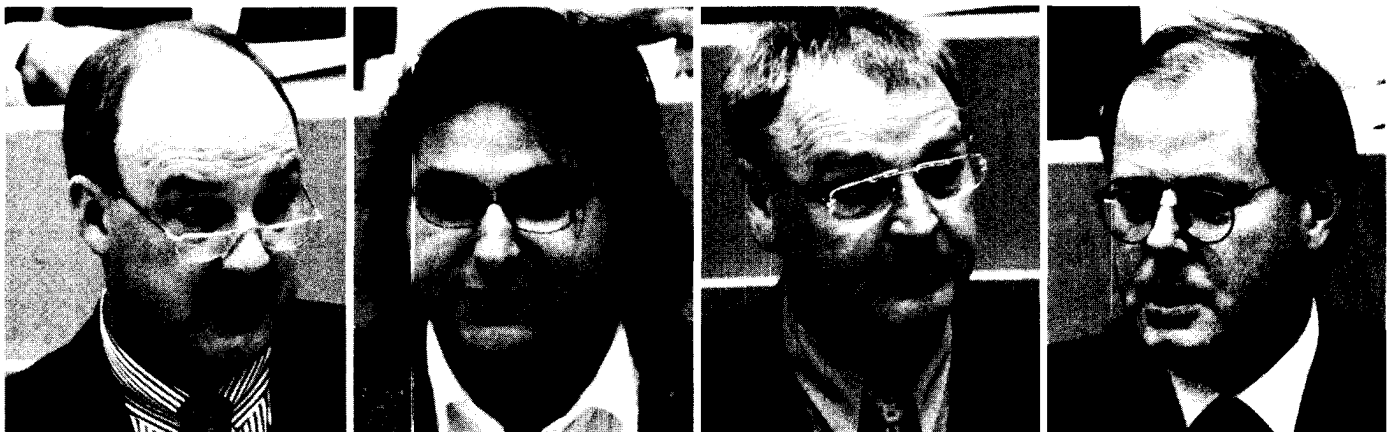
In einem Pilotprojekt im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg wird das Schülerticket getestet. Für 14,50 DM im Monat können Schülerinnen und Schüler jederzeit im gesamten Verbundbereich Busse und Bahnen benutzen.

und weitverzweigten Subventionsgesetzgebung zu tun. Die Pilotversuche liefen mittlerweile. Der Zuspruch sei viel größer, als man zu hoffen gewagt habe. Kinder und Jugendliche seien die Kunden des öffentlichen Personennahverkehrs von morgen. Sie seien deshalb eine strategisch wichtige Zielgruppe für die Verkehrsunternehmen. Der Abgeordnete unterstrich, man brauche nicht nur ein umfassendes und möglichst preiswertes Mobilitätsangebot für alle Schülerinnen und Schüler, sondern man müsse auch ein Modell entwickeln, das möglichst einfach handhabbar sei, das möglichst keinen Verwaltungsaufwand mehr produziere. Man schlage deshalb ganz konkret vor, und da gehe seine Bitte an die Bürgermeister und an die Ratsherren und Ratsfrauen in den Städten, dass die Verwaltungskosten, die die Kommunen und die Schulträger künftig einsparen könnten, verwendet würden, um mögliche Fehlbeträge und mögliche soziale Härtefälle abzufedern.

Günter Langen (CDU) wies darauf hin, Schülerinnen und Schüler, die einen weiten

der Pilotversuch des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg im Köln/Bonner Raum sein möge, Fragen stellten sich vor allem für weniger verdichtete Räume.

Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD) unterstrich, mit dem Pilotprojekt des Schülertickets werde zum ersten Mal versucht, die Unlogik — vielleicht müsse man sogar sagen: die Ungerechtigkeit — zwischen dem billigen Semesterticket und dem Jobticket einerseits, also der Bevorzugung von Studenten und Arbeitnehmern, und dem relativ teuren Tarif für Schüler zu beseitigen. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen, der Stadtwerke Bonn und der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft sei in Abstimmung mit den Städten Bonn und Troisdorf und mit dem Ministerium für Verkehr an insgesamt drei Schulen im Bereich Bonn-Rhein-Sieg mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 dieses Schülerticket eingeführt worden. Es ermögliche diesen Schülerinnen und Schülern zum Preis von 14,50 DM je Monat die sehr freizügige Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im gesamten Verkehrsverbund Rhein-Sieg, sei



Schwarzfahren passé: v. l. Walter Bieber (SPD), Peter Eichenseher (GRÜNE), Günter Langen (CDU) und Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD).

Fotos: Schälte

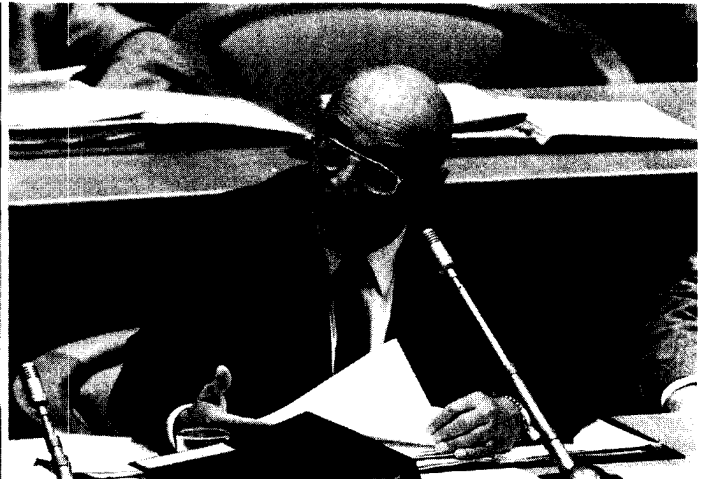
ganze Reihe von Pluspunkten verbuchen: Es gebe keine Probleme mit der Parkplatzsuche und mit Staus. Man habe eine stressfreie Fahrzeit, und man könne sich mit Freunden treffen und unterhalten. Gemeinsam mit den Stadtwerken Bonn, dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg sowie dem Landesverkehrsministerium habe man zum Schuljahr 1999/2000 ein Modellprojekt zum Schülerticket initiiert. Das für den gesamten Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg jederzeit gültige Ticket werde zum Preis von 14,50 DM im Monat angeboten.

Peter Eichenseher (GRÜNE) sagte, er freue sich, dass man heute ein Thema im Landtag diskutiere, das die GRÜNEN vor zwei Jahren zum ersten Mal in die Diskussion haben einbringen können. Die Zielsetzung, ein preiswertes, landesweit einheitliches Schülerticket zu entwickeln, sei damals noch auf ziemlich große Skepsis gestoßen. Schier unüberwindbar schienen die organisatorischen Hürden und rechtlichen Schwierigkeiten. Man habe es ja in diesem Falle mit einer sehr komplizierten

Schulweg hätten, hätten ein gesetzlich verbrieftes Recht auf kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zur Schule und zurück. Viele Kinder und Jugendliche, die einen solchen Schulweg hätten, nähmen diesen Anspruch derzeit jedoch nicht wahr, sondern nutzten ihr Fahrrad oder gingen zu Fuß. Insbesondere dort, wo der Schülerverkehr mit dem regulären Linienverkehr kombiniert sei, könne sich das aus der Sicht der Schüler anbieten. Denn gerade im ländlichen Raum seien die Wartezeiten manchmal länger als die Fahrzeiten mit dem Fahrrad. Nach den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen wären auch diese Schülerinnen und Schüler verpflichtet, ein Schülerticket zu erwerben, und zwar ohne dass sicher sei, dass es ein attraktives Angebot für eine ÖPNV-Nutzung in der Freizeit gebe. Das bedeute, sie müssten Geld für eine Leistung zahlen, die sie weder für die Fahrt zur Schule noch in der Freizeit in Anspruch nehmen wollten oder könnten. Den ländlichen Raum müsse man hierbei berücksichtigen. Viele müssten dann zahlen, ohne eine entsprechende attraktive Gegenleistung zu erhalten. So erfolgreich

also eine echte Parallele zum Semesterticket. „Ich selber habe viele Stimmen von Eltern im Ohr, die gefragt haben: Warum können Studenten und Studentinnen in den Genuss eines solchen verbilligten Tarifes kommen und nicht meine Kinder, die zur Schule gehen?“, stellte der Minister fest. Aufgrund des großen Interesses an anderen Schulen sei im laufenden Schuljahr das Angebot auf immerhin 16 Schulen — allerdings spezifisch im Raum Rhein-Sieg — erweitert worden. Die finanzielle Absicherung des Schülertickets ruhe auf drei Säulen: erstens Einnahmen aus dem Verkauf des Schülertickets an die Schülerinnen und Schüler über die Schulträger, zweitens eine Fahrkostenerstattung nach dem Schulfinanzgesetz bzw. Ersatzschulfinanzgesetz und der Schülerfahrkostenvorordnung nach den Kriterien, die ohne Einführung des Schülertickets nach Maßgabe des bisher gültigen Beförderungstarifes gegolten hätten und drittens natürlich auch Ausgleichleistungen nach Paragraph 45 a des Personenbeförderungsgesetzes für die, die bereits vor Einführung des Schülertickets den ÖPNV genutzt hätten.

Clement wies Vorwurf verdeckter Gewinnausschüttung zurück



Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD, l.) und Finanzminister Heinz Schleißer (SPD, r.) in der Fragestunde des Landtags.

Fotos: Schälte

In einer Fragestunde des Landtags hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) die Vorwürfe der CDU-Opposition zurückgewiesen, die Landesregierung habe die Westdeutsche Landesbank (WestLB) als Flugbereitschaft missbraucht.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) antwortete auf die Fragestellung nach den Flügen, die wahrgenommen worden seien. Er antwortete zunächst auf eine Frage des Parlamentarischen CDU-Geschäftsführers Heinz Hardt für den Bundespräsidenten. Clement zitierte das Bundespräsidialamt, das erklärt habe, es habe keine privaten Flüge des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau mit von der WestLB gecharterten Flugzeugen gegeben, also auch nicht in die Nähe seines Ferienortes. Clement betonte, er habe nicht die Möglichkeit, zu den Flügen, die der heutige Bundespräsident seinerzeit als Ministerpräsident unternommen habe, Stellung zu nehmen. Er habe auch keine komplette Übersicht über die Flüge, die der damalige Ministerpräsident mit Maschinen der WestLB unternommen habe. Er selbst sei als Wirtschaftsminister im Zeitraum vom 17. Februar 1995 bis 17. Februar 1998 mit der Chartermaschine der WestLB nach Rostock zur seinerzeitigen Verkehrsministerkonferenz geflogen. Er sei von Köln nach Rostock und von Rostock zurück nach Köln geflogen. Er sei zweitens von Köln nach Hannover zu einer

Sonderwirtschaftsministerkonferenz geflogen und dann auch wieder zurück. Das seien die Flüge, die er seinerzeit mit Charterfliegern der WestLB unternommen habe. Seit 1996, seitdem die WestLB das Vertragsverhältnis mit der Chartergesellschaft gelöst habe, habe es keine Flüge mehr gegeben. Die WestLB habe auch kein Vertragsverhältnis mehr mit einer Chartergesellschaft. Die Landesregierung nutze in erster Linie Linienflugzeuge. Clement wies ferner die Behauptung zurück, bei Flügen, die der Kollege Schleißer und er als Mitglieder der Aufsichtsratsgremien der WestLB unternommen hätten, handele es sich um verdeckte Gewinnausschüttung. Im rechtstechnischen Sinne könne nicht von einer verdeckten Gewinnausschüttung die Rede sein. Die Flüge, die mit der WestLB im dienstlichen Interesse der Landesregierung unternommen worden seien, sind mit den Steuerbehörden abgesprachen und abgerechnet worden.

Christian Weisbrich (CDU) sagte, die Landesregierung habe auf Anfrage hin zunächst 28 Flüge eingeräumt, jetzt seien es 33.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wies darauf hin, der Finanzminister habe bei einer anderen Gelegenheit geantwortet, dass 33 Flüge unternommen worden seien. Das sei insgesamt für die 12. Wahlperiode bis November 1999 gewesen. Daraus ergebe sich die Differenz zwischen der Zahl der Flüge.

Hermann-Josef Arentz (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender fragte, warum der Ministerpräsident sich in den vergangenen Wochen nicht bemüht habe, der CDU einschließlich der Flüge des ehemaligen Ministerpräsidenten Rau eine umfassende Aufklärung zukommen zu lassen?

Wolfgang Clement (SPD) sagte darauf: „Wenn Sie mich fragen, warum wir das nicht früher gemacht haben, antworte ich Ihnen, dass ich das wirklich nicht so ernst genommen habe. Ich habe das wirklich nicht so ernst genommen, was hier aus einem solchen Vorgang gemacht wird. Stellen Sie sich einmal vor, ich würde immer dann, wenn der Kollege Meyer von Affäre spricht, sofort eine Untersuchung einleiten. Dann könnte ich jeden Tag eine neue Untersuchung einleiten.“

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt dem Ministerpräsidenten vor, die Landesregierung habe trotz mehrfacher Nachfrage die Flüge des ehemaligen Ministerpräsidenten Rau verschwiegen. Meyer hielt Clement vor, er habe das Parlament zu täuschen versucht.

Wolfgang Clement (SPD) meinte daraufhin, seine Bitte sei, dass die CDU endlich mit diesen ständigen Vorwürfen bis hin zum Vorwurf der Lüge, die sie hier öffentlich unternahme, aufhöre.

Franz Riscop (CDU) interessierte die Frage, welche der dienstlichen Flüge zu anschließenden Privataufenthalten genutzt worden seien.

Wolfgang Clement (SPD): „Von mir keiner.“

Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) antwortete, es sei um einen Flug gegangen, mit dem er mit dem Vorstandsvorsitzenden auf Wunsch des damaligen Ministerpräsidenten des jugoslawischen Staates, einem Kroaten, in Belgrad gewesen sei. Er habe gebeten zu überlegen, ob nicht in Split eine Zweigstellen-Einrichtung möglich sei. Von Belgrad aus habe es einen Flug nach Split gegeben mit zwei Tagen Aufenthalt in Split und anschließend um einige weitere Tage verlängert. Das sei die gleiche Inanspruchnahme, die auch dem Landtag bei entsprechenden Reisen zustehe, die der Landtag genehmigt habe.

Untersuchungsausschuss

Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Tagesordnung der Plenarsitzung am 17. Dezember um den Tagesordnungspunkt „Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ zu ergänzen. Dieser U-Ausschuss soll sich mit der so genannten „Flugreisenaffäre“ befassen.

Personalie

Winfried Schittges (CDU), Landtagsabgeordneter, ist neuer Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland. Die 11. Landschaftsversammlung hat den Politiker aus Krefeld am vergangenen Montag in ihrer konstituierenden Sitzung mit den Stimmen von CDU und FDP in das Amt gewählt.



Bürgermeister und Landräte mit ihrer Dolmetscherin aus Polen hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) im Landtag empfangen. Foto: Schälte

In Bad Oeynhausen soll ein vollständiges künstliches Herz eingepflanzt werden

Landesregierung hat noch nicht über Zukunft des Staatsbads entschieden

In einer gemeinsamen Sitzung am 1. Dezember wurden der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (AGS) und seine Arbeitsgruppe „Staatsbad Oeynhausen“ in Bad Oeynhausen von der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG), Birgit Fischer (SPD), über die möglichen Varianten der zukünftigen Entwicklung des Staatsbades informiert. In ihrem Gutachten hatte eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WIBERA) vor drei Jahren die Überführung in die Rechtsform einer GmbH zum 1. Januar 2000 empfohlen. Voraussetzung dafür sollte aber eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage sein.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Gesundheitspolitik der letzten Jahre auf das Staatsbad waren jedoch so weitreichend, dass die vielfältigen und wirkenden Konsolidierungsbemühungen nicht ausreichen konnten. Auch die konzeptionelle Neuausrichtung des Staatsbades konnte nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Ertragslage beitragen, die eine derart veränderte

Ausgangssituation (vor allem durch den sehr starken Rückgang der Kurgastzahlen) hätte auffangen können.

Es muss davon ausgegangen werden, dass der derzeitige Landesbetrieb ohne gravierende Einschnitte in die Aufgabenstruktur dauerhaft defizitär und auf Zuschüsse aus dem Landeshaushalt angewiesen sein wird. Die Gesundheitsministerin stellte fest, dass es keine gesetzliche Verpflichtung für das Land gebe, ein Staatsbad zu unterhalten. In der Gründungszeit des Staatsbades sei es darum gegangen, das noch nicht sehr verbreitete Kur- und Heilwesen zu fördern. Das bisherige Engagement des Landes und seine historisch gewachsenen Verpflichtungen als Eigentümer des Staatsbades könnten jedenfalls nicht dahingehend interpretiert werden, dass eine Beibehaltung des Wirtschaftsbetriebes in Landesregie für alle Zeit festgeschrieben werde. Die vom Staatsbad vorgehaltenen Kur-Infrastruktureinrichtungen würden anderenorts ganz überwiegend in kommunaler oder privater Trägerschaft gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich nach

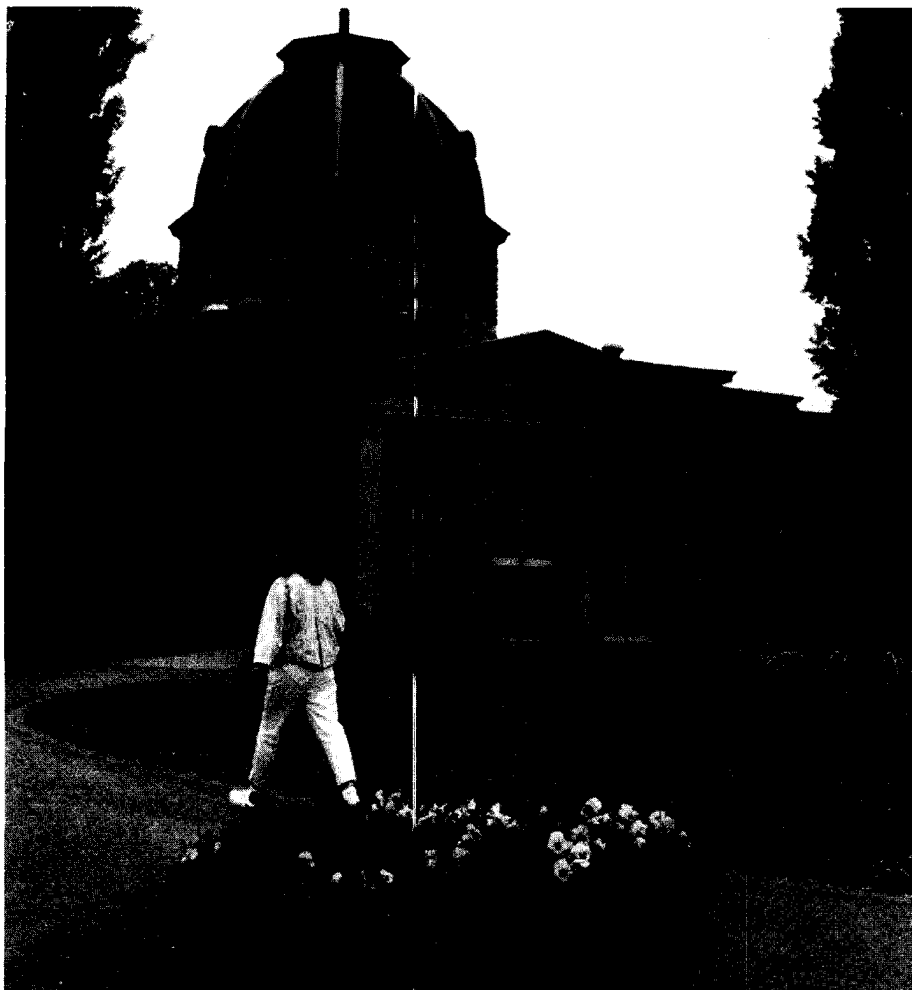
Darstellung der Ministerin drei Möglichkeiten. Entweder Umwandlung des derzeitigen Landesbetriebes in Gänze oder teilweise in eine GmbH mit oder ohne Beteiligung der Kommune oder Teilkommunalisierung, Teilprivatisierung und/oder Outsourcing von einzelnen Aufgabenbereichen des Staatsbades oder die vollständige Kommunalisierung, also die Übertragung des gesamten Betriebes auf die Stadt Bad Oeynhausen.

Diese drei Möglichkeiten habe das MFJFG dem Kabinett vorgestellt und nun den Auftrag, ergebnisoffen weiter zu prüfen. Gespräche mit der Stadt Bad Oeynhausen würden derzeit eingeleitet.

Eines ist dabei sicher: Das Staatsbad wird – wenn überhaupt – jedenfalls nicht zum 1. Januar kommenden Jahres in die Rechtsform einer GmbH übergeführt. Sollte eine Einigung mit der Stadt Bad Oeynhausen nicht möglich sein, wären einschneidende Reduzierungen der bislang vom Landesbetrieb erbrachten Leistungen vorstellbar. In diesem Zusammenhang kämen in Frage eine Aufgabe aller defizitären medizinischen Leistungen, eine Veräußerung der privatisierbaren Einrichtungen (zum Beispiel Kurhaus-Bali-Therme und Betriebshof) oder eine Beschränkung auf den Restbestand der nicht zu privatisierenden Kur-Infrastruktureinrichtungen, etwa den Kurpark.

Sehr beeindruckt waren die Parlamentarier von den neuen Möglichkeiten der Herzchirurgie, die von Prof. Dr. med. Reiner Körfer (Herzzentrum NRW) präsentiert wurden. Bereits im Oktober ist es in Bad Oeynhausen weltweit erstmals gelungen, bei einem Patienten ein vollständig implantierbares Kreislaufunterstützungssystem einzusetzen. Kreislaufunterstützungssysteme gab es schon länger, jedoch führten bei diesen Geräten immer noch Versorgungsleitungen über die Bauchdecke ins Freie, wodurch ein Infektionsrisiko bestand. Das neue Kreislaufunterstützungssystem benötigt solche Zuleitungen nicht. Das Aufladen der Batterie, die allerdings nur für 30 Minuten vorhält, erfolgt durch die Haut mittels Induktion. Die Lebensqualität der Patientinnen und Patienten kann dadurch erheblich gesteigert werden. Noch am 1. Dezember kam bei einem zweiten Patienten ein solches Kreislaufunterstützungssystem zum Einsatz. Professor Körfer hat, wie er den Ausschussmitgliedern bei ihrem Besuch mitteilte, noch Größeres vor. Ohne sich auf einen Termin festzulegen, führte er aus, dass man beabsichtige, ein vollständig künstliches Herz – ebenfalls weltweit das erste Mal bei einem Menschen einzusetzen. Eine solche Möglichkeit ist deshalb so interessant, weil die Zahl der Spenderherzen gerade ausreicht, die Hälfte des Bedarfs zu decken. Eine Hoffnung also für Patientinnen und Patienten, die bisher bangen müssen, ob für sie rechtzeitig ein Spenderherz zur Verfügung steht. Nicht ohne Stolz konnte Professor Körfer davon überzeugen, welche exponierte Position das Herz- und Diabeteszentrum weltweit einnimmt. Bad Oeynhausen ist, was Innovationen, Qualität und Quantität von Herzoperationen anbelangt, weltweit führend. Die Qualität der medizinischen Teamleistungen ist wohl auch auf die große Erfahrung zurückzuführen, die nur durch eine hohe Frequenz derart komplizierter Operationen erreicht werden kann.

Frank Schlichting



Für die Werbung nach draußen ein Aktivposten und für die Wirkung auf die Heilung suchenden Kurgäste sicherlich ein Gesundheitsfaktor, für die Bilanz aber eine Last: Die zahlreichen unter Denkmalschutz stehenden Gebäude – hier das Badehaus II – und der groß und kostenintensiv zu unterhaltende Kurpark in Bad Oeynhausen.

Foto: Archiv

Alle Fraktionen schlossen sich dem Votum des Unterausschusses Personal zu der von der Landesregierung geplanten Personalagentur an, der zuvor ebenfalls am 6. Dezember beraten hatte. Auf eine Frage von CDU-Sprecher Helmut Diegel erläuterte Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium), die bisher von der CDU vorgeschlagene Stellenbörse sei wie ein Markt mit Angebot und Nachfrage. Dieses Verfahren habe den Abbau von kw-Vermerken bisher nicht beschleunigt. Die Personalagentur gehe zielgerichtet auf die Ressorts zu, um Neubesetzungen mit Beschäftigten auf kw-Stellen zu fördern. Auch werde sie eine Anpassung der Qualifikation durch Fortbildung und Umschulung anbieten. Eine Stellenbesetzungssperre von zwei Jahren sei vorgesehen, wenn Nachbesetzungen nicht aus dem landeseigenen Bestand erfolge, obwohl dies möglich gewesen wäre. Von weiteren Instrumenten zum beschleunigten Abbau von kw-Stellen habe die Landesregierung Abstand genommen. Zurzeit seien Abfindungen, aber auch betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

Bei der Beratung des Einzelplans 02 (Staatskanzlei) stellte die Opposition kritische Fragen zur Einrichtung eines Callcenters zur Bürgerinformation, wofür in der 2. Ergänzungsvorlage eine neue Titelgruppe „Kommunikationsmanagement“ eingerichtet und 1,5 Millionen Mark veranschlagt sind. Staatskanzleichef Georg Adamowitsch erklärte, das Kommunikationsmanagement solle mit einem (externen) Dienstleister betrieben werden, auf hohem fachlichen Niveau und in enger Zusammenarbeit mit den Ressorts. Johannes Remmel (GRÜNE) gefiel der Arbeitstitel Callcenter nicht, auch wegen der Kritik an solchen Arbeitsverhältnissen, und er befürchtete Verzögerung von Antworten auf Anfragen von Abgeordneten. Helmut Diegel (CDU) vermutete einen Zusammenhang zwischen dem überraschenden neuen Haushaltstitel und der Landtagswahl. Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt das neue Instrument für geeignet, die Kompetenz der Verwaltung zu vermitteln und das Bedürfnis der Menschen nach verständlichen Antworten zu befriedigen.

Staatskanzleichef Adamowitsch erläuterte mehrere Schritte bis zur Ausschreibung nach einjährigem Test, der dann die Auftragsvergabe und die Absicherung im Haushalt folgen solle. Im Januar werde er den Hauptausschuss umfassend informieren. Winfried Schittges (CDU) äußerte sich unzufrieden mit der Antwort auf seine Fragen nach der Kostengrundlage. Hans Kern

Haushaltsausschuss überrascht: Personalagentur für Stellenabbau, Callcenter in der Staatskanzlei

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) verabschiedete am 2. Dezember das Gemeindefinanzierungsgesetz und am 6. Dezember die in den Fachausschüssen geänderten Entwürfe des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans für das Jahr 2000 zur 2. Lesung im Plenum. Die Mehrheitsfraktionen SPD und GRÜNE beschlossen Ansatzserhöhungen von insgesamt 79 Millionen Mark, die durch eine höhere globale Minderausgabe erwirtschaftet werden sollen. Die CDU-Opposition brachte nach der Ausschusssitzung 22 ihrer abgelehnten Änderungsanträge zu fünf Einzelplänen für die Schlussberatung erneut ein. In der mehrheitlichen, von Vorsitzendem Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung wurde auch die 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf behandelt.

(SPD) sah Auswirkungen auf die Arbeit des Petitionsausschusses des Landtages voraus und hielt ähnliche Instrumente bei nachgeordneten Behörden für nötig. Ein Antrag der CDU, in vertraulicher Sitzung den Namen des Anbieters zu nennen, fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss nahm schließlich die von SPD und GRÜNEN mündlich beantragte Änderung der Zweckbestimmung in „Bürgerinformationszentrum – Kommunikations- und Beschwerdemanagement“ einstimmig an. Der CDU-Antrag, die Mittel bis nach der Landtagswahl zu sperren, wurde jedoch abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Einzelplanentwürfe lehnte die Mehrheit auch den CDU-Antrag ab, die Mittel des Ministerpräsidenten für Öffentlichkeitsarbeit (3,6 Millionen Mark) auf die Hälfte zu kürzen.

Zum zusätzlichen Raumbedarf für die Landeszentrale für politische Bildung erläuterte der Staatssekretär des Schulministeriums, die Landeszentrale werde zwei Veranstaltungsräume für 60 Personen im Stadttor für landeskundliche Veranstaltungen mieten, auch für Besuchergruppen des Landtags.

22 der zur 2. Lesung im Haushaltsausschuss von SPD und GRÜNEN abgelehnten Änderungsanträge der CDU brachte die Opposition anschließend erneut ein. Sie haben im Innenressort Mittelserhöhungen für Beförderungen für Polizeibeamte der 1. Säule und für 1 099 zusätzliche Kommissar-Anwärter zum Inhalt. Im Einzelplan 05 (Schule/Hochschule) möchte die CDU in zwei neuen Titeln 100 Millionen Mark für dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Hochschulgebäuden sowie 20 Millionen Mark für moderne Geräte bewilligen. Vier Anträge der CDU haben Mehraufwand wegen Unterrichtsausfalls zum

Ziel. Auch möchte die CDU eine Stellenreserve von drei Prozent aller 138 400 Lehrerstellen, das sind 4152 Stellen, einrichten, da das Instrument „Geld statt Stellen“ die Unterrichtsgarantie nicht gesichert habe.

Im Einzelplan 08 (Wirtschaft/Verkehr) hält die CDU für wichtig, nicht nur Meister-, sondern allgemein „arbeitsplatzschaffende“ Existenzgründung zu fördern. Für Straßen- und Brückenbau sollen 45, für Landesstraßenausbau 30 Millionen Mark mehr ausgegeben werden. Im Einzelplan 10 (Umwelt/Landwirtschaft) sollen 30 Millionen Mark mehr für naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung und 3,4 Millionen Mark mehr für Agrarinvestitionen ausgegeben werden. Im Einzelplan 11 (Frauen/Familie) sollen nach der Vorstellung der CDU 6,1 Millionen Mark mehr für Altenpflegeausbildung veranschlagt werden, da es sich um ein Berufsfeld mit Zukunft handele. Drei Millionen Mark mehr sollen bewilligt werden, um katholische Schwangerschaftsberatungsstellen nicht länger nur mit 41, sondern mit 80 Prozent wie die anderer Träger zu fördern. Schließlich sollen die Zuweisungen an Gemeinden für Kindertagesstätten um 15 Millionen Mark für fehlende Hortplätze erhöht werden. Im Bereich Gesundheit hält die CDU 100 Millionen Mark zusätzlich für Krankenhausinvestitionen für nötig.

Im Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) soll der Haushaltstitel für Leistungsprämien um 28 auf 42 Millionen Mark gekürzt und die eingesparten Mittel für Strukturverbesserungen bei der Polizei verwendet werden. Die Allgemeine Rücklage (192 Millionen Mark) soll ganz aufgelöst und die Rücklage für die Agentur Ruhr (30 Millionen Mark) gestrichen werden.



Der Haushaltsausschuss bei der Beratung des Etatentwurfs 2000 vor der 2. Lesung, vorn Mitglieder der CDU-Fraktion mit ihrem Sprecher Helmut Diegel (am Mikrofon), dahinter (v.l.) Ministerialdirigent Dr. Berg und Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium), Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU), Sivia Winands (Ausschussassistentin), hinten 4. v. r. SPD-Sprecher Ernst-Martin Walsken.

Foto: Schälte



Im Rahmen der Haushaltsberatungen bat der Wirtschaftsausschuss um genauere Angaben über den Einsatz von Fördermitteln aus NRW im Ausland; auf dem Foto Wirtschaftsminister Peer Steinbrück bei der Einführung in den Einzelplan 08 neben Ausschussvorsitzende Hannelore Brüning (CDU). Foto: Schälte

Klimabericht 1999

Wirtschaftsminister Peer Steinbrück hat dem Landtag am 30. November den Umsetzungsbericht 1999 zum Klimabericht NRW (Vorlage 12/3072) übersandt. Anfang November hatte die CDU den Bericht wegen „Stillstand beim Klimaschutz in NRW“ angemahnt. SPD und GRÜNE hatten die Landesregierung gebeten, aktuelle Entwicklungen wie die liberalisierten Energiemärkte, die schrittweise Einführung der Öko-Steuer und die UN-Klimakonferenz in Bonn einzubeziehen (Landtag intern 19/1999).

Zum liberalisierten Energiemarkt wird im Bericht ausgeführt, der starke Strompreisverfall beeinträchtigt die Wirtschaftschancen der erneuerbaren Energien. Deshalb sei das Streameinspeisungsgesetz fortentwickelt worden. Vorgesehen sei, die Höhe der Einspeisevergütung von den Strompreisen abzukoppeln und gleichzeitig stärker zu differenzieren sowie einen bundesweiten Ausgleich der Mehrkosten zu ermöglichen.

Das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform biete ab 1.1.2000 Anreize, Energiesparpotentiale auszuschöpfen. Dazu werde eine Stromsteuer eingeführt und die Mineralölsteuer auf Kraftstoffe, Heizöl und Gas erhöht. NRW sei einerseits Energieland, andererseits Standort energieintensiver Industrie, was den Druck zur Umstrukturierung verschärfe.

Die 5. Vertragsstaatenkonferenz in Bonn fasste laut dem Bericht 20 Beschlüsse und klärte technische Fragen. Vereinbarungen über ein besseres Mess- und Meldesystem der Industrieländer über ihren Ausstoß an Treibhausgasen und über die Umsetzung der Emissionsberichte der Entwicklungsländer seien erreicht worden. Nicht geklärt worden seien Sanktionen und Regeln für die Beschränkung von „Emissionshandel“, ferner für gemeinsame Projekte von Industrie- und Entwicklungsländern und die Berechnung der Wirkung von „CO₂-Senken“ (Wäldern) für den Klimaschutz.

Viel Geld aus Berlin für NRW-Wasserstraßen

Dem Verkehrsausschuss teilte Staatssekretär Jörg Hennerkes am 6. Dezember mit, der Bund erhöhe im Jahr 2000 die Mittel für den Wasserstraßenausbau in NRW (Vorlage 12/3081). Bundesverkehrsminister Klimmt habe in seiner Antwort vom 12. November auf ein Schreiben des Landesministers ausgeführt, die Wasserstraßenverbindung von Hannover nach Berlin als Projekt Deutsche Einheit Nr. 17 entfalte ihren Nutzen erst, wenn auch der Dortmund-Ems-Kanal (DEK) ausgebaut sei. Daher werde ein Großteil der Investitionen in Höhe von 180 Millionen Mark im Jahr 2000 in den Ausbau des DEK fließen. Noch in diesem Jahr würden Aufträge für 100 Millionen Mark vergeben. Für die folgenden Jahre könne von ebenso hohen Ansätzen wie im Haushalt 2000 ausgegangen werden. Im Jahr 2007 solle das erste Großmotorgüterschiff auf dem DEK und dem Mittellandkanal bis Magdeburg fahren können. Für die Häfen am Datteln-Hamm-Kanal könnten im Jahr 2000 zwei Baulose vergeben werden, so dass ab 2002 Schubverbände und Großmotorgüterschiffe bis Hamm verkehren könnten.

Osteuropa-Fördermittel im Wirtschaftsausschuss

Dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie übermittelte Minister Peer Steinbrück Ende November die erbetene Liste der Fördermittel für Osteuropa der Jahre 1995 bis 1999 (Vorlage 12/3056).

Danach hat das Land NRW im Laufe dieser fünf Jahre knapp 25 Millionen Mark für osteuropäische Wirtschaftsförderung ausgegeben. Am höchsten war der Aufwand im Jahr 1997 mit 6,7 Millionen Mark. Er sank in den Folgejahren 1998 auf 5,2 und auf 2,4 Millionen Mark in diesem Jahr. Gefördert wurden „NRW-Wirtschaftstage“, Management-Ausbildung, Messebeteiligungen, Unternehmerreisen und einzelne Projekte, zum Beispiel „Aufbau einer Musterfarm in Rostow“ (GUS) mit 50 000 Mark. Nachfragebedarf lässt die Vorlage des Wirtschaftsministers erkennen bei Fördermitteln etwa für „SDRAVOOCHRANJE“ in Moskau (265 000 Mark), für „Miss Moskau“ oder „Kleingruppenförderung Expo-Fun St. Petersburg“. Die Geografie der NRW-Förderaktivitäten erstreckt sich von den baltischen Staaten über Polen bis Südosteuropa und in den GUS-Staaten von Minsk über Kiev, Nischni Nowgorod bis Rostow am Don.

Auch im Haushaltsausschuss wurden von der Opposition Einzelheiten über die Wirtschaftsförderung im Ausland verlangt und von der Staatskanzlei als aktuelle Listen der Internationalen Zusammenarbeit und über Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mitgeteilt (Vorlage 12/3071). Danach wurden je acht Projekte in der Russischen Föderation und in Polen mit NRW-Landesmitteln gefördert, darunter die Entsendung pensionierter Lehrer; fünf in Weißrussland, 15 in Lettland, zum Beispiel Transport von hochwertigen medizinischen Geräten oder auch von gebrauchten Fahrzeugen des Landes; 35 Projekte in Rumänien, 20 in Israel, drei in den palästinensischen Autonomiegebieten. „Teuerstes“ Projekt ist mit 920 000 Mark ein Ausbildungszentrum in Kostroma. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wurden in diesem Jahr 28 Projekte in afrikanischen und süd- und mittelamerikanischen Staaten sowie Vietnam gefördert.

NRW-Städtebund: „nicht akzeptabel“

Kritik an geändertem Gleichstellungsgesetz

Der NRW-Städte- und Gemeindebund beschwert sich in einem Brief an den Landtagspräsidenten über das Verfahren der Anhörung zum Entwurf des Landesgleichstellungsgesetzes am 20. August und die Verabschiedung durch den Landtag am 4. November (Zuschrift 12/3479). Die Anhörung kommunaler Spitzenverbände führe ad absurdum, wenn im Nachhinein substanzielle Änderungen am Gesetzentwurf vorgenommen würden, die in der Anhörung nie so deutlich zur Sprache gekommen seien. Im Namen aller drei kommunalen Spitzenverbände spricht der Präsident des NRW-Städte- und Gemeindebunds, der CDU-Landtagsabgeordnete Albert Leifert, von einer Missachtung kommunaler Belange.

Im Einzelnen werfen die Spitzenverbände dem Land Eingriffe in die innere Kommunalverfassung vor, wenn es die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Beteiligungs- und Rederechte der Gleichstellungsbeauftragten regelt.

Auch ein Widerspruchsrecht der Gleichstellungsbeauftragten gegen Maßnahmen der Verwaltung sei nicht akzeptabel. Diese

Regelungen griffen in den Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung ein. Das Präsidium des NRW-Städte- und Gemeindebunds fordert, die Anhörungsrechte der kommunalen Spitzenverbände verbindlich in der Geschäftsordnung des Landtags festzuschreiben. Außerdem solle sich der Landtag selbst dahingehend binden, bei der Verbändeanhörung alle politisch relevanten Aspekte zur Sprache zu bringen.

Der Bundespetitionsausschuss feierte mit einem Festakt sein 50-jähriges Bestehen

Wischermann und Steinkühler in den Reichstag eingeladen

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses Nordrhein-Westfalen, die CDU-Landtagsabgeordnete Barbara Wischermann, ist mit ihrem Stellvertreter, dem Landtagsabgeordneten Horst Steinkühler (SPD), sowie dem Referatsleiter Ministerialrat Dr. Tamblé zur 50-Jahrfeier des Bundespetitionsausschusses in Berlin in den Reichstag eingeladen worden.

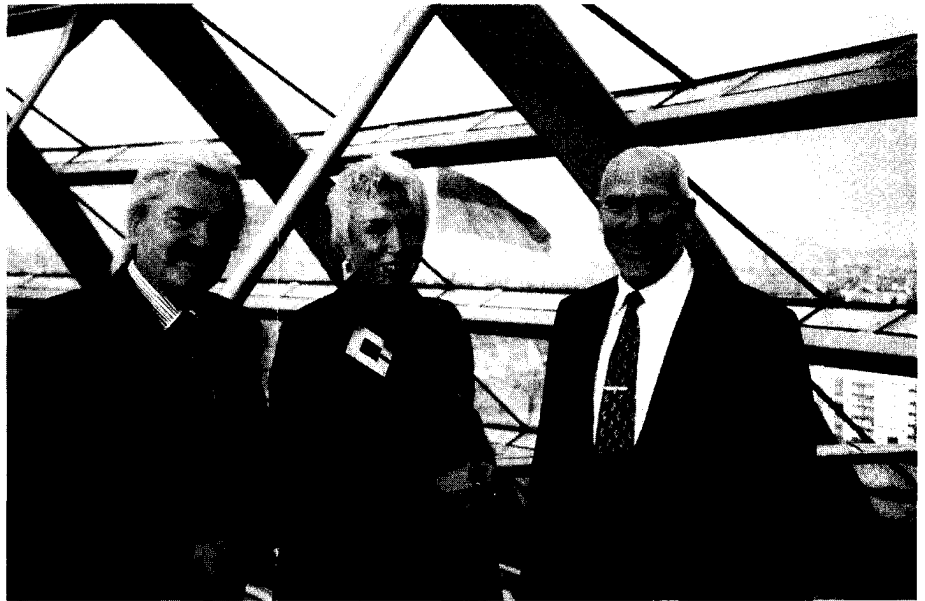
Die Festreden hielten der Bundestagspräsident, Wolfgang Thierse, die ehemalige Bundestagspräsidentin, Professor Dr. Rita Süßmuth, und der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Hans-Joachim Vogel.

Alle Redner zeigten auf, dass das Petitionsrecht eines der wichtigen Grundrechte des Staatsbürgers gegenüber der Regierung sei und jede demokratische Verfassung dieses Grundrecht kenne. Die Art der Petition auf Bundes- und Landesebene gebe einen wichtigen Aufschluss über die öffentliche Meinung. Darum könne man die politische und psychologische Bedeutung des Petitionsrechtes nicht genug hervorheben. Petitionen seien gleichsam „die Strohhalme, die zeigen, wie der Wind weht“. Aus den Eingaben könne man die Nöte und Bedürfnisse der Bürger erkennen. Das Bemühen der Mitglieder aller Petitionsausschüsse sei es, dieses wichtige Grundrecht nicht verkümmern zu lassen, sondern es zu einem Mittel der unmittelbaren Verbindung mit dem Volk und somit zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Staatsbürger und Parlament werden zu lassen.

Weiter hieß es, die Mitglieder des Petitionsausschusses bauten beim Bürger Politikverdrossenheit ab und zeigten mit ihrer Arbeit, welche Hilfe direkt für den Bürger und die Bürgerinnen in vielen Fällen gegeben werden könne.

LICHTBLICKE in Adventszeit

Die Lokalradios in Nordrhein-Westfalen führen auch in diesem Jahr in der Adventszeit die von Caritas und Diakonie initiierte und heute von allen Wohlfahrtsverbänden mitgetragene Aktion LICHTBLICKE durch. Die Hörer der 44 Lokalradios werden im Rahmen der Aktion gebeten, für Kinder und Familien in Not zu spenden. Als kleines Dankeschön wird ihnen ein Musikwunsch erfüllt. Im vergangenen Jahr erbrachte die Aktion unter der Schirmherrschaft von Karin Clement, der Frau des Ministerpräsidenten, 1,2 Millionen DM. Damit konnte in 250 Fällen geholfen werden. Das Spendenkonto: 7070 bei der Sozialbank Köln (BLZ 370 205 00).



Der nordrhein-westfälische Petitionsausschuss zu Gast in Berlin: v. r. Horst Steinkühler (SPD), Barbara Wischermann (CDU) und Dr. Hans-Georg Tamblé.

Finanzämter in NRW werden mit Arbeitsplatzcomputern ausgestattet

Zum Einsatz des automatisierten dialogorientierten Besteuerungsverfahrens seien die Arbeitsplätze in den Finanzämtern mit Bildschirmterminals ausgestattet worden, die über ein Verkabelungssystem an Finanzamtsrechner und die Großrechenanlagen des Rechenzentrums der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (RZF) angeschlossen seien. Dieses Konzept habe es ermöglicht, alle Finanzämter in kurzer Zeit und mit dem geringstmöglichen Aufwand auf die arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung umzustellen. Das erklärt Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).

In seiner Antwort auf die große Anfrage 16 der CDU-Fraktion zur Situation der Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen nimmt der Minister zur Frage der Opposition Stellung, inwieweit die Ausstattung der Steuerverwaltung mit Informations- und Kommunikationstechnik gediehen sei. Für eine weiterreichende Unterstützung der Verwaltungsabläufe durch die Informationstechnik (IT), die Übernahme zusätzlicher Aufgaben und den Einsatz von Programmsystemen, die im bundesweiten Projekt FISCUS entwickelt werden, musste nach Angaben des Ministers die eingangs geschilderte Infrastruktur allerdings erweitert werden. Die Arbeitsplätze würden zurzeit mit Arbeitsplatzcomputern (APC) ausgestattet, die in das lokale Finanzamtsnetzwerk (LAN) integriert seien. Diese Umstellung erschließe für die Finanzämter die Nutzung der PC-orientierten Büroautomaten und schaffe die Voraussetzung einer verbesserten Nutzung des Programmierkonzepts (Client-Server-System) für das Dialogverfahren. Darüber hinaus sei es die Basis für weitere Anwendungen wie Bürokommunikation (Elektronische Post, gemeinsame Zeitplanungsprogramme usw.), Dokumentenmanagement und die Nutzung der Internet-Technik, heißt es in der Antwort.

Die Umstellung der Finanzämter auf das neue Ausstattungskonzept vollziehe sich im Rahmen der Ersatzbeschaffung für die Bildschirmterminals. Nach dem derzeitigen Planungsstand würden bei derzeit rund 12 000

installierten APC bis zum Jahr 2002 im zurzeit absehbaren Endausbau rund 28 000 Arbeitsplätze mit stationären APC ausgestattet sein. Hinzu kämen rund 5 500 tragbare APC für die Außendienste. Neben der vorgenannten Leistungserweiterung würden neue IT-gestützte Verfahren erprobt und eingesetzt. Beispielhaft sei hier der Einsatz von Scannern in den Festsetzungs-Finanzämtern bei der Erfassung der Lohnsteuer- und Umsatzsteuer-Voranmeldungen und der Einsatz der Internettechnik zur zeitnahen Versorgung der Finanzämter mit nicht fallgebundenen Informationen zu nennen, teilt der Finanzminister mit.

Lehrgänge mit Trainern

Die CDU wollte in ihrer großen Anfrage auch wissen, welche Maßnahmen zur Qualifizierung der Beamtinnen und Beamten es im Umgang mit den neuen Technologien gebe. Der Minister berichtet, die Finanzverwaltung setze 26 ADV-Trainer ein, die Lehrgänge in den Bereichen IT-Grundlagen, Bürokommunikation, elektronische Post, Intranet der Finanzverwaltung (ISYS) sowie Internet durchführten. Zur Unterstützung der Lehrgänge bzw. für das Selbstlernen würden zudem in der Finanzverwaltung entwickelte Printunterlagen eingesetzt. Ergänzend werde das computerunterstützte Lernen (CUL) erprobt.



Clement und Müntefering im Vorstand der SPD-Bundespartei

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (Bild) ist am Dienstag, 7. Dezember, auf dem SPD-Parteitag in Berlin mit 77, 82 Prozent der Stimmen zum neuen Stellvertreter von SPD-Parteichef Gerhard Schröder gewählt worden. 372 Delegierte stimmten für Clement, 85 mit Nein und 21 enthielten sich. Wolfgang Clement kommentierte das Ergebnis mit der Feststellung: „Für den Anfang war das ganz gut.“ Der 59-jährige Regierungschef des bevölkerungsreichsten Bundeslandes NRW folgt in dem Amt dem jetzigen Bundespräsidenten Johannes Rau nach. Der Jurist und langjährige Journalist Clement wurde 1989 Chef der Staatskanzlei, von 1995 bis 1998 war er Wirtschaftsminister in Düsseldorf, seit Mai 1998 ist er Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 1996 ist er stellvertretender Landesvorsitzender. Dem Landtag gehört Clement seit Oktober 1993 an.

Generalsekretär

Zum ersten Generalsekretär in der Geschichte der SPD wurde der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Franz Müntefering gewählt. Die über 500 Delegierten des Berliner Parteitages stimmten bei zwei Gegenstimmen einer entsprechenden Satzungsänderung zu. Bisher managte ein Bundesgeschäftsführer die Partei. Bei den Vorstandswahlen erhielt der Sauerländer Müntefering 444 Jastimmen und 16 Neinstimmen. Elf Delegierte enthielten sich. Er erreichte damit 94,27 Prozent. Der 59-Jährige ist seit Mai 1998 Vorsitzender des SPD-Landesverbandes. Von 1992 bis 1995 war er Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW. Dem Landtag in Düsseldorf gehörte er von Juli 1996 bis Oktober 1998 an.



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V ist in diesem Jahr mit einer Unterschriftenaktion an der Kampagne „Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft“ beteiligt. Bei der Eröffnung einer Ausstellung in der Eingangshalle des Landtags wies Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (r.) darauf hin, in 42 Städten und Kreisen in NRW seien von Ratsmitgliedern und Kreistagsabgeordneten 1 433 Unterschriften gesammelt worden. Frau Dr. Grüber stellte indessen die Frage, warum solche Aktionen immer noch notwendig seien. Die Antworten lauteten, weil die Ächtung von Gewalt gegen Frauen immer noch nicht selbstverständlich sei und weil Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft selten öffentlich werde. Jährlich flüchteten mehr als 6 000 misshandelte Frauen vor ihren gewalttätigen Partnern und suchten Schutz in einer der 63 nordrhein-westfälischen Frauenhäuser. 10 000 Frauen wendeten sich jährlich an eine der 51 Frauenberatungsstellen. In jeder dritten Beziehung komme es zu Gewaltausübung gegen Frauen. Dr. Grüber regte an, die Unterschriftenaktion demnächst auch im Landtag durchzuführen. Foto: Schälte

Christa Thoben wird Senatorin in Berlin

Die nordrhein-westfälische CDU-Wirtschaftspolitiklerin Christa Thoben wird neue Berliner Senatorin für Wissenschaft und Kultur. Der CDU-Landesvorstand folgte einer entsprechenden Empfehlung des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU), die frühere Staatssekretärin von Bundesbauminister Klaus Töpfer für dieses Amt vorzusehen. Die 1941 in Dortmund geborene Wirtschaftswissenschaftlerin und

stellvertretende Landesvorsitzende ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen löst in Berlin Peter Radunski (CDU) ab. Frau Thoben gehörte dem Landtag in Düsseldorf von 1980 bis 1990 an. Von 1985 bis zu ihrem Ausscheiden war sie stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Von 1990 bis zu ihrem Wechsel nach Bonn 1994 hatte sie das Amt der Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer (IHK) Münster inne.



Auch im Jahr 1999 hat wieder ein Empfang für landesweite Organisationen von Lesben und Schwulen in Nordrhein-Westfalen stattgefunden, zu dem Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber eingeladen hatte. Nach ihren eigenen Worten wollte die Vizepräsidentin aufgrund der positiven Resonanz im Vorjahr den Austausch zwischen den Organisationen und der Politik und auch untereinander weiter fördern. Bei dem Treffen im Landtag wurde über konkrete Ereignisse wie den Christopher Street Day, aber auch über die allgemeine Situation gesprochen. Frau Grüber betonte, die positiven politischen Ansätze dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch für viele Lesben und Schwule nicht möglich sei, ihre Identität offen zu leben, da sie andernfalls mit negativen Folgen, zum Beispiel in der Arbeitswelt, rechnen müssten. Foto: Schälte

Tagung über Parlamentsfragen im Berliner Reichstagsgebäude

„Zehn Jahre runder Tisch“ ohne die Frauen

In Berlin fand am 3. Dezember eine Tagung zum Thema „Zehn Jahre runder Tisch“ statt, zu der die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (DVParl) eingeladen hatte. Viele, die damals einen Namen hatten, kamen: Richard Schröder (SPD), Lothar de Maizière (CDU), Konrad Weiß (Demokratie Jetzt!), Dr. Fred Ebeling (Demokratischer Aufbruch), Günter Nooke (zunächst für Demokratischen Aufbruch, dann Bündnis 90, heute CDU), Martin Gutzeit (SPD), Werner Schulz (Neues Forum), Dr. Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt!). Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (damals Neues Forum, heute SPD) sprach ein Grußwort im Veranstaltungsraum, dem Fraktionssaal der CDU/CSU im Reichstagsgebäude. Der runde Tisch sei für all die Neulinge der öffentlichen Diskussion auf jeden Fall eine Schule der Demokratie gewesen, in der sie die politische Sprache erlernten, meinte er. Ein Platz für die PDS blieb leer, nach anfänglicher Zusage. Und: auf dem Podium fehlten die Frauen, obwohl am Zentralen Runden Tisch vor zehn Jahren die Teilnehmerinnen die Hälfte ausgemacht hatten und an wichtigen Entschlüssen maßgeblich beteiligt waren.

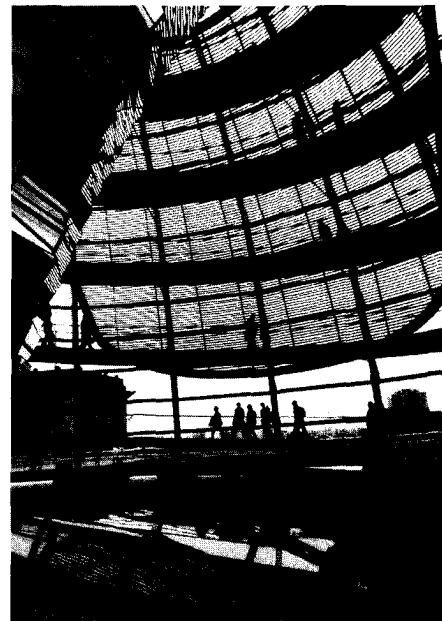
Zur Erinnerung: Der Zentrale Runde Tisch (ZRT) trat in Ostberlin etwa vier Wochen nach der Maueröffnung zusammen, um für das Volk der DDR zu sprechen, das der SED das Vertrauen entzogen hatte. Drei Kirchenvertreter waren damals gebeten worden, die Verhandlungen der ostdeutschen Bürgerbewegungen mit der SED zu moderieren. Der runde Tisch bestand drei Monate lang, bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Seine öffentlichen Debatten, in denen er sich um Lösungen für fundamentale Probleme der untergehenden DDR bemühte, wurden vollständig in den Medien übertragen und von vielen Bürgerinnen und Bürgern der DDR mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Ein westdeutscher Politikwissenschaftler begleitete damals den ZRT und lieferte ein fünfbandiges Forschungswerk ab. Professor Uwe Thaysen, zugleich Chefredakteur der Zeitschrift für Parlamentsfragen, ging es bei der Berliner Tagung vor allem darum, die Fragezeichen im Untertitel der Tagung zu beseitigen. Zehn „Legenden“ suchte er zu widerlegen, die zentrale „Legende“ lautete: Der runde Tisch sei ein neues Politikmodell gewesen, bei dem es im Unterschied zum Parteienkampf der professionellen Politik nicht um die Macht, sondern nur um die Sache gegangen sei. Sein Fazit: Es war das

richtige Instrument zur richtigen Zeit, „bis zum Einsetzen des überlegenen parlamentarischen Systems“, also ein Instrument des Übergangs.

Professor Richard Schröder stimmte ihm als Korreferent in seinem Eingangsstatement im Großen und Ganzen zu, wies aber auf zunehmende Spannungen im Lager der sieben oppositionellen Gruppen hin, als die SED und die Blockparteien an den Tisch geladen wurden und als die SPD in die Große Koalition der DDR-Übergangsregierung mit Hans Modrow als Ministerpräsident eintrat. Auch hätten die Bürgerrechtler die Tricks der „Nationalen Front“ (aus Blockparteien und Verbänden) zur verdeckten Mehrheitsbeschaffung nicht durchschaut. Der ZRT habe eine (eilige) neue Verfassung für die DDR als Gegenmodell zum Grundgesetz nicht geschafft. Immerhin habe er mit viel Augenmaß Demokratie in der zerfallenden DDR-Gesellschaft praktiziert.

Die sieben Zeitzeugen auf dem Podium setzten das Entzaubern des Mythos vom basisdemokratischen Politikmodell fort. Im Hinblick auf eine neue Verfassung „waren wir Dilettanten“. Allerdings solle, so formulierte Werner Schulz (BÜNDNIS 90/GRÜNE), das Revolutionsmöbel auch nicht zur historischen Fußbank gemacht werden. Die einzigartige Leistung des ZRT sei gewesen,



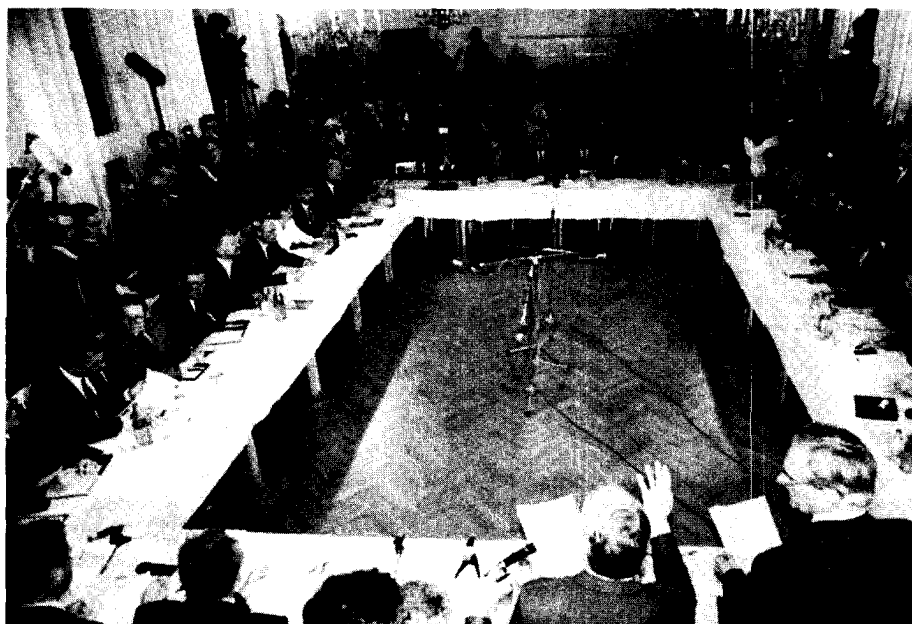
Um in die neue Reichstagskuppel zu gelangen, stehen die Menschen Schlange.

die spontanen Proteste in Verhandlungen mit der SED überführt, die erste freie Wahl in der DDR durch ein Wahlgesetz gesichert und die Auflösung der Stasi durchgesetzt zu haben.

Aus dem Publikum kamen „Wende“-Akteurinnen zu Wort. Christina Schenk, damals für den Unabhängigen Frauenverband am runden Tisch, heute parteiloses Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion, war es, die das Fehlen der Frauen auf dem Podium kritisierte. Seit sich die Strukturen verfestigten, hätten sich die Frauen aus der Politik wieder zurückgezogen, und das Thema parlamentarische Demokratie drohe auf ein politikwissenschaftliches Zitierkartell reduziert zu werden. Das löste beim Veranstalter die Antwort „wir haben uns bemüht“ und bei Wolfgang Ullmann die Bemerkung aus: „Was wäre der runde Tisch ohne Ingrid Köppe gewesen!“ Sie habe sich allerdings auch zurückgezogen. Ihrem Drängen sei die Auflösung der Stasi zu verdanken, hatte zuvor schon Werner Schulz betont. Marianne Birthler, BÜNDNIS 90, ab 1990 Ministerin im ersten Kabinett Stolpe in Brandenburg, heute funktionslose Beobachterin des politischen Geschehens, sprach vom Schaden, den der Verzicht auf eine neue Verfassung hinterlassen habe, auch für die Westdeutschen.

Was bleibt von den Erfahrungen einer Vertretung der Bürger, die ihrer Regierung das Vertrauen entzogen haben und neben dem „gewählten“ Parlament mitregieren wollen? Mehrere Moderatoren von regionalen und örtlichen runden Tischen, die es vor zehn Jahren in vielen Städten der DDR, teilweise sogar schon Wochen vor dem ZRT in Berlin, gegeben hat, meldeten sich zu Wort. Und einer fragte, ob runde Tische nicht als Politikmodell für eine aktive Bürgergesellschaft geeignet seien, und mehr noch, ob solche runden Tische heute nicht die (beidseitige) Vergangenheit aufarbeiten müssten.

mmg



„Wir hätten die SED und die Blockparteien verbieten müssen“, meint heute, zehn Jahre danach, der Vertreter von „Demokratie jetzt!“, Konrad Weiß, am runden Tisch in Ostberlin (der gar nicht rund war), und erhält Beifall aus dem Tagungspublikum.

SPD-Fraktion

Freie Kindergartenplätze in Hortplätze umwandeln

Die SPD-Landtagsfraktion will freie Kapazitäten in Kindergärten für zusätzliche Betreuungsangebote nutzen. Ziel der Initiative sei es, überall dort, wo Kindergartenplätze innerhalb eines absehbaren Planungszeitraums nicht mehr benötigt werden, diese in Hortplätze umzuwandeln. Die SPD-Landtagsfraktion werde sich deshalb dafür einsetzen, Regelungen, die solchen Umwandlungen im Wege stehen, zu beseitigen.

Bernd Flessenkemper, Vorsitzender des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Familie der SPD-Landtagsfraktion, betonte, dass insbesondere die derzeitige Vorgabe, wonach der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im gesamten Jugendamsbezirk erfüllt sein müsse, damit es zu Umwandlungen kommen könne, sich als Hemmschuh erweise. „Es ist doch niemandem klarzumachen, dass freie Kindergartenplätze in einem Ort nicht zur Betreuung genutzt werden können, nur weil im zehn oder zwanzig Kilometer entfernten Nachbarort noch ein Bedarf an Kindergartenplätzen existiert.“

Eltern seien erfahrungsgemäß auch bei vor Ort bestehenden Engpässen nicht bereit, Kindergartenplätze in so großer Entfernung zu nutzen. Die Gebiete, innerhalb derer über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Umwandlung zu entscheiden sei, müssten deshalb kleinräumiger zugeschnitten sein. Der besondere Vorteil der Umwandlung von Kindergartenplätzen in Plätze für schulpflichtige Kinder bestehe schließlich vor allem darin, dass diese kostenneutral vorgenommen werde. So könne auch bei angespannter Haushaltslage ein weiterer Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet werden, so Flessenkemper.

Fachgerechte Beförderung langfristig gesichert

24 Försterstellen im Landesdienst, die vom Arbeitsplatzverlust bedroht waren, bleiben erhalten. Darauf hat jetzt der forstpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Horst Steinkühler, hingewiesen. Steinkühler erklärte: „Damit kann die erfolgreiche, intensive Betreuung der privaten und der kommunalen Wälder durch Förster des Landes Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft fortgesetzt werden.“

Steinkühler machte deutlich, dass eine aufgrund einer Organisationsuntersuchung der Landesforstverwaltung durchgeführte Überprüfung ergeben habe, dass die Förster eine hervorragende kundenorientierte Arbeit leisten. Allein in den letzten vier Jahren seien 70 000 Hektar Wald neu in die Beförderung aufgenommen worden. Dies sei für die fachgerechte Beförderung gerade des kleinparzelligen Waldbesitzes und für eine optimale Nutzung des nachhaltigen Rohstoffes Holz ein enormer Erfolg. Steinkühler: „Zur Zeit lagern in nordrhein-westfälischen Wäldern Holzreserven in einem Marktwert von rund 950 Millionen Mark. Diese Holzreserven lassen sich nur durch eine intensive Betreuung und Beförderung mit ausreichendem Forstpersonal aktivieren.“

CDU-Fraktion

Elternverbände bestätigen CDU-Schulpolitik

Die Elternverbände in Nordrhein-Westfalen unterstützen die CDU-Landtagsfraktion einmütig in ihrer Absicht, im Falle einer Regierungsübernahme im Mai nächsten Jahres an allen Schulen des Landes wieder eine Stellenreserve zu installieren. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs, das die CDU-Landtagsfraktion mit den nordrhein-westfälischen Elternverbänden geführt hat.

Anders als mit dem derzeitigen Programm „Geld statt Stellen“ sind die Schulen bei einer stillen Reserve in die Lage versetzt, eigenverantwortlich ein auf die konkreten Bedürfnisse der Schulen zugeschnittenes Vertretungskonzept bereitzustellen. Auch aus Sicht der Elternverbände stellt der Unterrichtsausfall das zentrale Problem aller Schulen und Schularten unseres Landes dar. Es sei nicht weiter hinnehmbar, so das Ergebnis des Gesprächs, dass die Eltern in Nordrhein-Westfalen 580 Mio. Mark jährlich für Nachhilfeunterricht ausgeben, um die Versäumnisse der Landesregierung, die sich nicht zuletzt in 320 000 Stunden Unterrichtsausfall allein 1999 niederschlagen, auszugleichen.

Zu Beginn der Sitzung hat CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer den hohen Stellenwert, den die Bildungspolitik für die CDU-Landtagsfraktion habe, hervorgehoben. Dieser werde sowohl durch die Priorität, die die CDU der Bildung in der aktuellen Haushaltsdebatte beimesse, wie auch durch die intensive Erörterung des Themas Bildung auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU Anfang Dezember in Duisburg deutlich.

Mittelstands-Offensive weitgehend folgenlose PR-Veranstaltung

Als „weitgehend folgenlose PR-Veranstaltung“ hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Weisbrich, die sogenannte „Mittelstands-Offensive NRW“ der Landesregierung kritisiert.

„Statt wirklich etwas für die Betriebe im Land zu tun, wird eine sogenannte ‚Mittelstands-Offensive‘ auf den Weg gebracht, für die im Haushalt 2000 gerade mal fünf Millionen Mark vorgesehen sind, die noch zu über 60 Prozent für PR-Aktionen verwendet werden sollen. Gleichzeitig kürzt die Landesregierung die Mittel, die den Unternehmen direkt zugute kommen“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Michael Weisbrich. „Um Nordrhein-Westfalen zu einem Spitzenstandort für mittelständische Unternehmen weiterzuentwickeln, brauchen wir mittelstandsfreundliche Steuergesetze, eine bessere wirtschaftsnahe Infrastruktur und einen Rückzug des Staates aus dem Bereich der wirtschaftlichen Betätigung. Allein durch die Präsenz von Logos werden wir das Ziel nicht erreichen“, so Christian Michael Weisbrich.

Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb in den Haushaltsberatungen 20 Millionen Mark für eine ausgeweitete arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe, 13 Millionen Mark mehr für Beratungen und 6 Millionen Mark mehr für die Meistergründungsprämie gefordert. Diese Mittel würden direkt Existenzgründern und kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen und den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen stärken.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Entwurf des Datenschutzgesetzes muss nachgebessert werden

Die Landesregierung hat Anfang Dezember einen Gesetzentwurf zur Änderung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt, dass die Novelle in einigen Punkten auf technische Neuerungen wie den Gebrauch von Chip-Karten und den Einsatz von Videoüberwachung reagiert. Die grüne Fraktion vermisst jedoch die von der EG-Datenschutzrichtlinie geforderte Normierung einer völlig unabhängigen Datenschutzaufsicht. Die EG-Datenschutzrichtlinie sieht vor, dass die Stellen, die die Einhaltung der Datenschutzvorschriften zu kontrollieren haben, die ihnen zugewiesenen Aufgaben „in völliger Unabhängigkeit“ wahrnehmen. Die nordrhein-westfälischen Aufsichtsbehörden für den nichtöffentlichen Bereich sind jedoch Teil der Ministerialverwaltung und insoweit gerade nicht unabhängig, sondern weisungsgebunden.

Außerdem hält die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es für notwendig, die Datenschutzkontrolle nicht — wie bisher — bei zwei Behörden anzusiedeln. Die Datenschutzaufsicht für den nichtöffentlichen Bereich sollte aus Gründen der Effizienz ebenso wie die Datenschutzaufsicht für den öffentlichen Bereich bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz angesiedelt werden. Dies ist auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, denen die zersplitterte Zuständigkeit kaum zu vermitteln ist. Es ist für Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar, warum sie sich bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz beispielsweise über ihre Sparkasse, nicht aber über ihre Bank mit der Aussicht auf Hilfe beschweren können. Ungeachtet der Zuständigkeitsfrage gehört zur völligen Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz die Eigenständigkeit dieser Dienststelle. Um auch nur den möglichen Anschein einer Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht zu vermeiden, ist die Verselbständigung als oberste Landesbehörde notwendig. Einige andere Bundesländer haben bereits entsprechende Regelungen getroffen. So sind die Landesdatenschutzbeauftragten in Rheinland-Pfalz, Hessen und Berlin bereits oberste Landesbehörden. Auch in Schleswig-Holstein werden Überlegungen in diese Richtung angestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich im Gesetzgebungsverfahren dafür einsetzen, dass auch in Nordrhein-Westfalen ein fortschrittliches Datenschutzgesetz in Kraft treten kann, um einen möglichst weitgehenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen.

Ministerin weist Kritik wegen Mängeln an Schulen zurück

Die Landesregierung gehe davon aus, dass die kommunalen Schulträger ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkämen. Dies schließe nicht aus, dass in einzelnen Fällen Reparaturen an Schulen den Haushaltsmöglichkeiten angepasst werden müssten. Die Darstellung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) über angebliche gesundheitsgefährdende Zustände an Schulen sei jedoch generalisierend und im Kern unbegründet. Das erklärt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Herbert Reul (Drs. 12/4411).

Der Oppositionspolitiker hatte eine Presseerklärung des VBE erwähnt, worin dieser darauf hingewiesen hatte, dass viele Schulgebäude in NRW, „sowohl vom baulichen Zustand wie vom Sicherheitsstandard her betrachtet, ein unkalkulierbares Gesundheitsrisiko für Lehrer und Schüler“ seien. In vielen Schulen gebe es feuchte Wände, undichte Fenster und Löcher in den Fußböden. Hinzu komme, so der VBE, dass „viele naturwissenschaftliche Räume den Sicherheitsanforderungen des GuV und des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz in keiner Weise entsprechen, wie eine Studie zum Umgang mit Gefahrstoffen zeigt“. Die Ministerin betont, die der Anfrage zugrunde liegende Presseerklärung des VBE gehe davon aus, dass die dargestellten Mängel an Schulen im gesamten Land NRW vorlägen und berufe sich u. a. auf eine „Studie zum Umgang mit Gefahrstoffen“.

Dieser Schluss könne jedoch nicht gezogen werden, da es sich bei der so genannten „Studie“ nur um einen Bericht des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz Aachen über ein Überwachungsprogramm „Umgang mit Gefahrstoffen an Schulen“ in dessen Aufsichtsbezirk (Kreise Aachen, Düren, Heinsberg, Euskirchen und kreisfreie Stadt Aachen) handele, in dem die Ergebnisse einer stichprobenweisen Überprüfung dargestellt seien.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin
und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-
Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Sie folgt vor allem ihren Neigungen, ob bei der Wahl ihres Berufes, ob im privaten Bereich oder in der Politik – und sie bewahrte sich bis heute ihre Unabhängigkeit, die ihr die Voraussetzung bietet, vorurteilsfrei und unbeeinflusst politisch zu agieren: Ulrike Apel-Haefs, im Juli dieses Jahres über die SPD-Landesliste für Bundespräsident Johannes Rau in den Landtag nachgerückt.

Die gebürtige Thüringerin, Jahrgang 1952, die als Sechsjährige mit ihren Eltern aus der ehemaligen DDR nach Mönchengladbach-Rheydt floh, studierte nach dem Abitur Germanistik und Geschichte an der Universität Düsseldorf. „Ich hatte schon in der Schule großen Gefallen an Geschichte.“ Nach dem 1. Staatsexamen reizte es sie, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am dortigen Historischen Institut für Neuzeit die Spuren der Geschichte zu erkunden. Heute unterstützt sie ihren Ehemann in seiner Arztpraxis.

Zwar sympathisierte die Korschenbroicherin schon in jungen Jahren inhaltlich mit der SPD, doch zu einem Eintritt in die Partei konnte sie sich vorerst nicht entschließen. Erst Anfang der achtziger Jahre, als die damalige sozial-liberale Koalition in Bonn vor ihrem Ende stand, „hatte ich das Gefühl, sie unterstützen zu müssen“. Doch sie, die was „bewegen“ wollte, frustrierten zunächst die Interna eines Ortsverbandes.

Als Ulrike Apel-Haefs dann ermuntert wurde, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Korschenbroich zu gründen, nahm sie das Angebot an, auch initiierte sie die Wiedergründung der AsF auf Unterbezirksebene und war deren stellvertretende Vorsitzende.

Seit 1989 gehört die Sozialdemokratin dem Neusser Kreistag an, wo sie sich, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend, insbesondere für den kulturellen Bereich engagiert. Unter ihrer tatkräftigen Mitwirkung wurden beispielsweise mehrere Kultureinrichtungen erweitert und ihnen neue Impulse gegeben, so u. a. das Kulturzentrum Zons, Schloß Dyck und das Landwirtschaftsmuseum in Rommerskirchen-Sinnstedten.

Eine neue Herausforderung sah Ulrike Apel-Haefs in dem Angebot ihrer Parteifreunde, für die Landtagswahl 1995 im Wahlkreis Neuss IV zu kandidieren. Zwar holten ihn wiederum die Christdemokraten, doch über die Landesliste kam die Korschenbroicherin jetzt doch noch ins Landesparlament. „Daran glaubte ich anfangs nicht.“

Besonders erfreut ist die Abgeordnete darüber, dass ihre Fraktion sie in den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung berief – ein Wunschgremium, wo sie ihre Erfahrungen einbringen kann. Die frühere wissenschaftliche Mitarbeiterin befürwortet entschieden eine größere Autonomie der Hochschulen, um sie fit zu machen für den Wettbewerb. Dazu zähle auch, dass sie sich ihrerseits stärker der Öffentlichkeit öffnen müssten. Nach ihrer Ansicht ist auch ein privates Engagement für die Universitäten erforderlich, „die Bereit-



Ulrike Apel-Haefs (SPD)

schaft dazu besteht grundsätzlich.“ Die SPD-Landtagsabgeordnete ist natürlich auch am bundespolitischen Geschehen sehr interessiert. So habe sie dem Regierungswechsel im letzten Jahr „viel Optimismus“ entgegengebracht. Besonders der Ansatz Schröders, die SPD vermehrt gesellschaftlichen Gruppierungen gegenüber zu öffnen, die bisher nicht zu den traditionellen Wählerschichten der Partei gehörten, habe sie schon lange Zeit für notwendig gehalten. Ihrer Überzeugung nach hat diese Öffnung auch maßgeblich zum SPD-Wahlerfolg beigetragen. Die SPD habe nach ihren Worten den gesellschaftspolitischen Auftrag, Rahmenbedingungen zu schaffen für neue und sichere Arbeitsplätze, für Bildung und Qualifizierung sowie den sozialpolitischen Auftrag, die Absicherung großer Lebensrisiken zu gewährleisten. Für diese Aufgaben müsse sie gerade diejenigen, die in unserer Gesellschaft leistungsfähig seien, im Konsens mit „ins Boot“ holen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe seien es, mit denen man die Weiterentwicklung des Strukturwandels besonders auch hier in NRW schaffen könne.

Das heißt aber auch, so die SPD-Abgeordnete, deren Anliegen ernst zu nehmen, deren Leistung und Erfolg auch anzuerkennen, und sie nicht sofort unter dem Gesichtspunkt der zusätzlichen Mehrbelastung zu betrachten.

Die Korschenbroicherin weiß, dass diese Ansicht in der SPD nicht unumstritten ist – „dennoch bin ich der Überzeugung, dass wir nur so den gesamtgesellschaftlichen Konsens erreichen, der für die Bewältigung unserer Probleme erforderlich ist.“ Entspannung findet Ulrike Apel-Haefs beim Klavierspielen, wobei sie die Klassik besonders schätzt, und bei der Lektüre, insbesondere von Biografien. Und schließlich bieten gemeinsame Spaziergänge mit ihrem Ehemann Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 15. bis 21. Dezember 1999

- 15.12. **Wilfried Kramps** (SPD), 60 J.
 15.12. **Hans-Martin Schlebusch** (CDU),
 53 J.
 18.12. **Frank Sichau** (SPD), 52 J.
 21.12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 62 J.
 21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 48 J.

★

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ist auf Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU zum ordentlichen Mitglied des Rundfunkrats des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ gewählt worden. Sein persönlicher Stellvertreter ist der CDU-Bundestagsabgeordnete **Hartmut Schauerte**. Ebenfalls zum ordentlichen Mitglied wählte der Landtag **Dr. Karsten Rudolph** und zu dessen Stellvertreterin die SPD-Landtagsabgeordnete **Carina Gödecke**. Weiterhin wurde die CDU-Landtagsabgeordnete **Hannelore Brüning** zum stellvertretenden Mitglied gewählt.

★

Dr. Rolf Hahn (CDU), Landtagsabgeordneter, ist als ordentliches Mitglied auf Wahlvorschlag seiner Fraktion als Nachfolger von **Heinz Paus** in den Wahlaufprüfungsausschuss des Parlaments gewählt worden. Stellvertretendes Mitglied wurde der Landtagsabgeordnete **Werner Jostmeier** (CDU) als Nachfolger für **Maria-Theresia Opladen** (CDU). Die Nachwahlen waren durch das Ausscheiden von Heinz Paus und Frau Opladen aus dem Landtag erforderlich geworden.

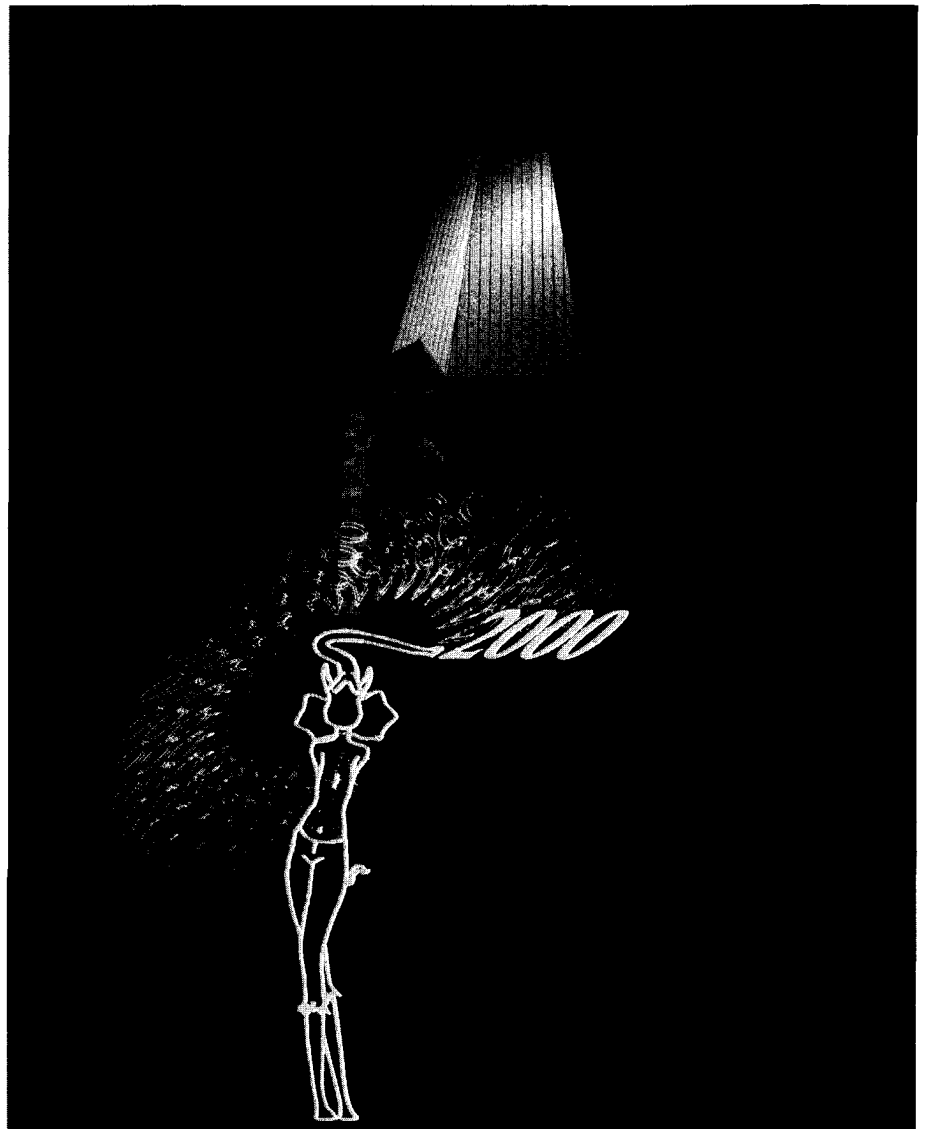
★

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, ist auf Wahlvorschlag seiner Fraktion als ordentliches Mitglied in den ständigen Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung gewählt worden. Er löste die GRÜNE-Abgeordnete **Christiane Bainski** ab. Zum stellvertretenden Mitglied wurde der GRÜNE-Abgeordnete **Jamal Karsli** gewählt. Die Nachwahl wurde durch personelle Veränderungen im Vorstand der GRÜNE-Fraktion erforderlich.

★

Wilfried Kramps (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 15. Dezember seinen 60. Geburtstag. Der Geschäftsführer aus Hagen absolvierte nach Volks- und Handelsschule eine kaufmännische Lehre, legte 1959 die Kaufmannsgehilfenprüfung ab und wurde Industriekaufmann. 1961 besuchte er die Sozialakademie Dortmund. Bis 1965 war er Angestellter im Verkehrswesen. Von dem Jahr bis 1985 arbeitete er als Parteisekretär und Parteigeschäftsführer im SPD-Unterbereich Hagen. Der Partei selbst gehörte er bereits seit 1960 an. Bis 1968 war er Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Herdecke/Ruhr. Ab 1972 gehörte Wilfried Kramps dem SPD-Ortsvereinsvorstand Hagen-Remberg/Fleyerviertel an. 1989 wurde er Vorsitzender der Hagener SPD. Von 1980 bis 1985 leitete er als Vorsitzender die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen. Seit 1985 gehört er dem Landtag und dort dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen an. Wilfried Kramps, in Witten geboren, ist verheiratet und hat vier Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



HAMMillennium mit dem Laser

Eine Jahrtausend-Zeitreise auf dem Laserstrahl – mitten in Westfalen: Bis zu den beiden ersten Tagen des neuen Jahrtausends lockt dieses ungewöhnliche Open-Air-Ereignis nach Hamm. „HAMMillennium“ heißt die Laser-Performance, die der Schöpfer des Ruhrgebietswahrzeichens „Glaselefant“ in Hamm, Horst Rellecke, zusammen mit einer Bochumer Firma erarbeitet hat. Ein faszinierendes Spektakel aus Licht und Ton lenkt seit dem 27. November täglich jeweils ab 18 Uhr für eine halbe Stunde die Blicke auf die Hammer Paulus-Kirche inmitten der Stadt. Der 79 Meter hohe Kirchturm wird dabei zur Projektionsfläche. Symbolträchtig komprimiert hat Rellecke nicht nur 20 der wichtigsten Ereignisse des ablaufenden Jahrtausends, sondern auch ihre Darstellung. Der Laserstrahl, der als einzelner grüner Punkt mit Lichtgeschwindigkeit über den Turm rast, zeichnet innerhalb von 30 Minuten den 30-jährigen Krieg ebenso nach wie die Französische Revolution, den Untergang der Titanic und den ersten Flug zum Mond. Die 20 Animationen sind zu thematischen Blöcken zusammengefasst. Egal ob sternklare Nacht, Nebel, Regen oder Schnee: „HAMMillennium“ findet bei jedem Wetter statt.